

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
 Braune Gesetzesmacherei
 Göbbelsagenten in Brasilien
 Mensch und Rasse
 Die Kehrseite der Rüstungskonjunktur

Mussolini und Hitler

Der Kampf um den Frieden in Europa

Seit dem Beginn des italienisch-abisinischen Krieges vollzieht sich ein Klärungsprozess in Europa. Es scheiden sich die echten von den falschen Friedensfreunden, die wahren Anhänger des Völkerbundes von den verkappten Machtpolitikern, die Kräfte der europäischen Reaktion und des Faschismus von den Kräften der europäischen Demokratie. Die Klärung erfolgt im Kampfe, und der Gegenstand des Kampfes ist zunächst die Niederringung des italienischen Angriffs auf den Frieden.

Mit dem Ausgang des Kampfes ist das Schicksal Mussolinis verknüpft. Der abessinische Krieg steht nicht günstig für Mussolini. Seine Freunde, die eben noch laut gerufen haben: »Seht den Starken, gebt acht, daß er euch nicht zerschmettere!« stimmen andere Töne an. Sie meinen, daß man den Krieg beenden müsse, solange in Italien noch eine verhandlungsfähige Regierung bestehe. In ihrer Sorge um Mussolini ist taktische Uebertreibung — aber es läßt sich nicht mehr verbergen, daß alle Kräfte der europäischen Reaktion in Sorge um das Schicksal des italienischen Faschismus sind. Mussolini ist für sie ein innenpolitischer Wert. Das gilt nicht nur für Hitler, das gilt für alle Anhänger der Diktatur in Europa, und darüber hinaus für alle Freunde der sozialen und politischen Reaktion, in welchen Formen sie auch auftreten möge. Der Fall Mussolini ist deshalb ein Brennpunkt der großen und unvermeidlichen Auseinandersetzung der europäischen Demokratie mit dem Faschismus.

Die Freunde Mussolinis schreien jetzt durch Europa: »Man muß Mussolini retten, denn nach Mussolini kommt das Chaos!« Es ist richtig, daß ein Sturz des italienischen Faschismus ein gewaltiges Echo in ganz Europa finden, daß er in der großen Auseinandersetzung vielleicht die Rolle spielen würde, die einst die französische Revolution von 1830 gespielt hat — als Erzeugerin unhemmbarer geistiger Unruhe, die schließlich die Revolution von 1848 geboren hat. Aber ist es nicht minder richtig, daß ohne die revolutionäre Zerstörung der faschistisch-nationalistischen Geisteshaltung, daß ohne die politische Niederlage der diktatorischen Herrschaftssysteme der Friede in Europa nicht gesichert werden kann? Was immer in Italien nach Mussolini kommen mag: es wird nicht ein Uebernationalismus sein, der den Mussolinis noch übertrifft! Die Sorge der offenen und heimlichen Freunde Mussolinis um das, was nach seiner Herrschaft kommen könne, ist deshalb verdächtig. Es ist die Sorge darum, daß nach Mussolini in Italien die Demokratie siegen, daß damit die Waagschale in Europa sich stärker zugunsten der Demokratie und des Friedens neigen könne. Merkwürdig: dieselben Kräfte, die dem Sturz der Demokratie in Deutschland teilnahmslos zugesehen haben, die ihn durch ihre Haltung der deutschen Demokratie gegenüber mit vorbereitet haben, geraten in geschäftige Erregung, wenn sie den Boden unter den Füßen eines Diktators erzittern fühlen. Sie waren gleichgültig und gefühllos, als über Deutschland das nationalsozialistische Chaos hereinbrach mit Zerstörung des Rechts und Zertretung von Menschenleben, aber nun rufen sie: »Nach Mussolini kommt das Chaos!«

Wir kennen diesen Ruf nur zu gut. Die deutsche Diktatur hat bewußt pronagandistische Kraft gezogen aus der Pa-

role: »Nach Hitler kommt das Chaos!« Diese Parole, daß die Diktatoren nur gestürzt werden können um den Preis vollständiger Anarchie, ist die reaktionärste Parole, die es jemals gegeben hat. Es ist die Lebensversicherung für alle faschistischen Verbrecher. Diese Parole hat nicht nur innerpolitische, sondern auch außenpolitische Bedeutung. Im Falle Mussolinis wird sie in außenpolitischer Bedeutung angewandt — als ob ein Sturz Mussolinis der Beginn der europäischen Anarchie, des Weltkrieges wäre. Man muß die Dinge vom Kopfe auf die Füße stellen. Der Faschismus ist das Chaos — im Innern der Diktatorländer wie in den Beziehungen der Völker, sein Sturz ist der Beginn der Klärung und Ordnung.

Die Illusion, daß der Mussolinifaschismus als Kraft gegen den Hitlerfaschismus zu gebrauchen sei, ist glücklicherweise bei den Feinden des Faschismus gründlich zerstört worden. Die großen Linien sind klar geworden. Es ist sinnfölig, daß eine Begünstigung Mussolinis eine Begünstigung Hitlers bedeutet, eine feste Völkerbundspolitik gegen Mussolini zugleich eine Zurückdrängung der Hitlerschen aggressiven Politik. Die beabsichtigte Kapitulation Laval's und Sir Samuel Hoares vor Mussolini unter Preisgabe der Sanktionspolitik hatte jubelnde Hoffnungen beim braunen System erweckt. Man sah den Weg ins Freie, den Weg zur Politik des un-

beschränkten Machteinsatzes, zur Zerstörung aller international-rechtlichen Bindungen geöffnet. Mit der Niederschlagung dieses verräterischen Versuchs sind die Hoffnungen des braunen Systems tief gesunken. Die Ziele der braunen Politik sind wieder in weite Ferne gerückt. Es ist nicht wahrscheinlich, daß dem Völkerbund in naher Zeit die Zähne der Sanktionen gezogen werden, es ist auch nicht wahrscheinlich, daß England und Frankreich getrennt und verfeindet werden können, so daß Hitlerdeutschland ein willkommener Bundesgenosse für England wird. Die englisch-französischen Vereinbarungen über gemeinsames militärisches Handeln im Falle eines Angriffes Mussolinis auf ein Sanktionsland bedeuten eine ernste Warnung für jeden, der mit dem Gedanken eines Angriffskrieges spielt. Das Hitlersystem mit seiner Kriegsrüstung, seinen internationalen Treibern und seinen Angriffsgelüsten sieht sich wieder in vollkommener politischer Isolierung, nachdem es soeben geglaubt hatte, daß es mit der Politik der kollektiven Sicherheit zu Ende sei. Das Geschrei der gleichgeschalteten Presse, daß die französisch-englischen Generalstabesprechungen eine Verletzung des Locarnopaktes bedeuteten, ist nichts als ein Ausdruck bitterer Enttäuschung. Zur politischen Isolierung kommt die moralische. Die Erklärung des Hohen Flüchtlingskommissars James MacDonald über den Rassenterror

in Deutschland, die Botschaft Roosevelts an den amerikanischen Kongreß über die Bedrohung des Friedens durch die Diktatorländer haben den deutschen Machthabern gezeigt, daß sie den Ring der Isolierung nicht zu sprengen vermocht haben.

Dennoch hat sich die Ueberzeugung noch nicht restlos durchgesetzt, daß faschistische Innenpolitik und friedliche Außenpolitik unvereinbar sind. Der französische Ministerpräsident hat eben erst wieder den Grundsatz verkündet, daß er seine außenpolitischen Pläne ohne Rücksicht auf die innere Struktur der Staaten verfolge. Er hat der Illusion Ausdruck gegeben, daß man mit faschistischen Ländern zu wirklicher, aufrichtiger Verständigung im Geiste des Friedens gelangen könne. Diese Kräfte und Parteien, die zwischen Demokratie und Faschismus hin und her schwanken, haben immer noch nicht genug von ihrem Mussolini — so wenig, daß sie sogar noch von Verständigung mit Hitler träumen! Der geistige Klärungsprozess muß deshalb im Kampfe gegen sie erfolgen. Es muß zur allgemeinen Volksmeinung werden, daß der Friede solange nicht zu sichern ist, bis die Diktaturen nicht bis zum letzten politisch und moralisch isoliert sind, daß die wahre Politik der kollektiven Sicherheit nicht mit ihnen, sondern nur gegen sie durchzuführen ist.

Wer Mussolini zu Hilfe eilt, fördert Hitler!

Braune Gesetzesmacherei

Wir lesen in der »Frankfurter Zeitung« Nr. 13/14:

»Wir haben wiederholt auf die besondere Bedeutung hingewiesen, die in den heutigen Zeiten und im Rahmen der heutigen gesetzgeberischen Methoden den Angaben der Ministerialreferenten, darüber, wie ein bestimmter Gesetzestext auszulegen sei, zukomme. Während im parlamentarischen Staat den Regeln juristischer Auslegungskunst gewissermaßen freies Spiel blieb, während damals oft sogar nur die juristische Kunst jene zutreffende Interpretation auffinden konnte, welche aus Mehrheitsbeschlüssen (von in sich verschiedenartigster Motivierung) gar nicht zu entnehmen war — ist es heute eigentlich nur der engere Kreis der Sachbearbeiter, der darüber Auskunft geben kann, was der Gesetzgeber unter einem bestimmten Wort verstanden wissen will. Die letzten Monate haben gewissermaßen die Probe auf das Exempel geliefert: jene mannigfachen Zweifelsfragen, welche die Hausangestellten-Bestimmungen der Nürnberger Gesetzgebung nach sich gezogen hatten, blieben solange zweifelhaft und konnten erst gelöst werden, als kürzlich um die Jahreswende der erste dieser »Referentenkommentare« erschien.«

»Aber es wird ein sehr beachtlicher Einwand erhoben: der eine oder die wenigen Referentenkommentare müßten notwendig alle anderen Kommentatoren mattsetzen. Die Kommentare würden damit einseitig, es fehle die Erfahrung der praktischen Sachkennner, es leide die Vielgestaltigkeit der Erklärungen, welche den Bedürfnissen aller vom Gesetz Betroffenen gerecht werde. Das ist in der Tat richtig; ein Teil der sogenannten Referentenkommentare leidet zum mindesten in seiner ersten Auflage häufig daran, daß dieses oder jenes praktische Problem nicht behandelt wird, offenbar deshalb, weil es dem Verfasser gar nicht bekannt war.«

In diesen Sätzen ist die ganze Erbärmlichkeit der Gesetzesmacherei im Dritten Reich festgestellt. Eine rasend gewordene Ministerialbürokratie wirft mit Gesetzen und Verordnungen um sich. Ein einmaliger Spe-

zialfall kann heute ein Gesetz gebären, das sich sinnlos weiterschleppt. Wo Verwaltungsverordnungen genügen, werden Gesetze fabriziert. Die andere Quelle der wilden Gesetzesmacherei sind die nationalsozialistischen Diktatoren — siehe Nürnberger Gesetze. Werden diese Gesetze angewandt, so entstehen sofort die Schwierigkeiten: siehe ebenfalls Nürnberger Gesetze.

Von ordentlicher Gesetzesvorbereitung ist keine Rede mehr. In jedem ordentlichen demokratischen Staat wächst die Gesetzesinitiative aus den Bedürfnissen des praktischen Lebens oder aus großen politischen Konzeptionen hervor. Verwaltung und Interessenten, Beamte und praktische Sachkennner können in freier Diskussion die Probleme klären, parlamentarische Beratungen sorgen für Klärung, für Ueberprüfung der Formulierungen, liefern wichtige Motive zur Auslegung, eine wirklich freie Rechtsprechung interpretiert die Gesetze.

Jetzt: freie Diskussion bei der Vorbereitung? Man zeige uns den jüdischen Sachverständigen, der zur Formulierung der Nürnberger Gesetze herangezogen worden ist! Aber wir wollen gar nicht auf diesen extrempolitischen Fall eines Ausnahmegesetzes Bezug nehmen. Wie steht es mit allen sozialpolitischen Gesetzen und Verordnungen? Es sind reaktionäre Diktate, bei denen nur eines klar ist: im Zweifelsfalle ist die Auslegung gegen die Arbeiterinteressen die richtige.

Der Sachbearbeiter macht das Gesetz. Der Sachbearbeiter legt das Gesetz aus. Der Sachbearbeiter weiß, was gemeint ist. Der Sachbearbeiter bestimmt die gerichtliche Entscheidung. Er ist allmächtig, die echte Verkörperung der Despotie. Man liest aus den Sätzen der »Frankfurter Zeitung« heraus, wie auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Steuerwesens, auf allen Gebieten die Praktiker die Verzweiflung packt, wenn sie sich den Ge-

setzen des Dritten Reiches gegenübersehen, und nicht minder große Verzweiflung, wenn sie sich Rat aus den Kommentaren der Bürokratie holen wollen und finden, daß die praktischen Probleme den Verfassern gar nicht bekannt sind. Die Verfasser aber — das sind ja die eigentlichen Gesetzgeber! Und wenn die Obergötter einmal selber Gesetze machen, sind sie noch dümmer!

Zur Despotie der Gewalthaber ist die Despotie der Bürokratie gekommen. Es wird beherrscht und befohlen, daß den Objekten der Herrschaft Hören und Sehen vergeht.

Terrorjustiz

In letzter Zeit fand vor dem Strafsenat I des Oberlandesgerichts Karlsruhe die Hauptverhandlung gegen den Genossen Valentin Giegrich aus Mannheim und zehn andere Angeklagte statt. Die Anklage lautet auf Vorbereitung zum Hochverrat. Es wurden verurteilt:

- Giegrich: 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus
- Eisengrün: 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus
- Geynich: 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus
- Wüst: 1 Jahr 8 Monate Zuchthaus
- Wattmann: 1 Jahr 7 Monate Zuchthaus
- Hummel: 1 Jahr 6 Monate Gefängnis
- Dieter: 10 Monate Gefängnis

Auch dieser neue Fall brutalsten Justizterrors wird die illegalen Kämpfer in Deutschland nicht von ihrem Kampf gegen das System abschrecken!

Nur nicht so zimperlich!

»Es gibt Ausländer, die verstehen, was in Deutschland vor sich geht. Aber es gibt auch andere, die über jeden Knochenbruch stolpern, den sich ein Unverbessertlicher ehrlich verdient hat...!«

(Aus einer Zeitschrift der »Deutschen Arbeitsfront«.)

Genau wie die Alten

Der braune Nachwuchs unterschlägt und intrigiert.

Die sogenannte Jugendführung im Dritten Reich ist besonders sauber, fast noch sauberer als die übrigen braunen Großverdienerorganisationen. Vor den Gebäuden dieser Jugendführung kann man die feinsten und die meisten Automobile stehen sehen, und über die Orgien der Baldur von Schirach-Clique kreisen die pikantesten Einzelheiten in den Jugendgruppen des Reiches. Zu Baldurs Speise gehörten die Redakteure der offiziellen HJ-Zeitschrift »Wille und Macht«, die braunen Jünglinge Schenke und Günther Kaufmann. Sie könnten vielleicht noch heute auf ihren Schemeln sitzen, wenn nicht eine andere Gruppe zum Licht gedrängt und die lästigen Konkurrenten vorpfeifen hätte. Es gab einen großen Skandal und einen gewaltigen Erdbeben, von dem man allerdings in den deutschen Zeitungen kein Sterbenswörtchen las. Man machte den beiden den Prozeß, teils wegen umfangreicher Unterschlagungen, teils wegen Verfehlungen gegen den Paragraphen 175. Zwar könnten Hunderte von Jugendfunktionären in den gleichen Schlingen gefangen werden — aber die Redakteure waren eben unerwünscht, ihre Posten sollten für andere Anwärter frei gemacht werden, und so mußten sie daran glauben. Wir wissen aus sicherster Quelle, daß Schenke, der außenpolitische Redakteur, ins Ausland flüchtete und sich offenbar nach der Türkei wandte. Der Chefredakteur Günther Kaufmann ist heute noch im Lande. Was mit ihm geschehen ist oder geschehen wird, weiß niemand. Und nun können die Nachfolger sich stolz auf ihren Stühlen räkeln — bis auch sie den nächsten Postenjägern weichen müssen. Baldur von Schirach aber sitzt weiter im Amt, bekommt mit jedem Tag einen dickeren Bauch und verläßt sich auf sein gutes Einvernehmen mit hohen braunen Würdenträgern, die sich dem Reichsjugendführer durch gleiche Veranlagung verbunden fühlen.

Boycott gegen Ley

Weltkongreß für Freizeitgestaltung in Hamburg 1936.

Im Anschluß an die Olympischen Spiele in Los Angeles wurde im Jahre 1932 in den USA ein Kongreß für Freizeitgestaltung veranstaltet. Es bildete sich ein internationaler Beratungsausschuß, dessen Präsident, der gleichzeitig Vorsitzender der amerikanischen Freizeitorganisation ist, einer freudigen Ankündigung der deutschen Nazipresse zufolge die deutsche Organisation »Kraft durch Freude« beauftragt hat, in Verbindung mit den Berliner Olympischen Spielen einen zweiten Weltkongreß für Freizeitgestaltung zu organisieren.

Dr. Ley, der die deutschen freien Gewerkschaften vernichtet und ihr Gut geraubt hat, hat den Organisationswaller Rentmeister mit den Vorarbeiten zu dieser Veranstaltung betraut. Der Kongreß soll im Zeichen von »Kraft durch Freude« stehen und sich das Schlagwort »Freude und Frieden« zu eigen machen. Die Räuber der Freizeit des deutschen Volkes wollen zeigen, wie dieses seine Freizeit gestaltet! Sie, die den Frieden bedrohen und den Krieg als höchstes Ziel eines Volkes bezeichnen, wollen »mit dem Gedanken der Freizeitgestaltung zur Versöhnung der Völker beitragen!«

Der Internationale Gewerkschaftsbund lenkt in einem Rundschreiben die Aufmerksamkeit der Landeszentralen und der Arbeiterbildungsorganisationen auf dieses faschistische Propagandaunternehmen in der Form eines Weltkongresses für Freizeitgestaltung. Er fordert sie auf, dahin zu wirken, daß dieser Kongreß, der nur der Verherrlichung der faschistischen Organisation »Kraft durch Freude« dienen soll, von den Volksbildungsorganisationen boykottiert wird.

Arbeitsgericht als

Parteispißel

Ein nationalsozialistischer Angestellter wandte sich mit einer Klage aus seinem Angestelltenverhältnis an das Arbeitsgericht. In seiner Klage wurden Vorwürfe gegen einen Nazibonzen erhoben. Die Folge dieser Klage war nicht eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht, sondern eine Vorladung vor das Parteigericht der NSDAP. Der Kläger erhielt das folgende Formular:

»Gaugericht

Akten-Nummern:

Eröffnungsbeschluss.

I. Gegen Sie wird auf Grund der Anschuldigungen eines Verstoßes gegen § 4 der Satzungen das Verfahren vor dem Gaugericht eröffnet.

II. Termin zur Hauptverhandlung wird anberaumt auf 193... in..... Sie werden angeschuldigt:.....

Beweis: Ihre Klage an das Arbeitsgericht.

Die Bischöfe beraten

Ueberraschend und außergewöhnlich sind in Fulda die deutschen katholischen Bischöfe zu einer Konferenz zusammengetreten. Man orakelt nun, ob ihre Beratungen auf Krieg oder Frieden mit der Reichsregierung hinauslaufen. Vermutlich wird aber auch diesmal keine klare Entscheidung erfolgen. Die schwache Position der Bischöfe könnte gerade jetzt noch wesentlich verstärkt werden, wenn man sich zu einem kirchlichen Angriff entschloße. In diesem Olympischen Jahr würde es der Reichsregierung wirklich nicht gefallen, wenn durch die Alarmrufe der deutschen Bischöfe und durch eine aggressive Politik des Papstes der Weltkatholizismus gegen das Hitlerreich mobilisiert würde. Es besteht aber wenig Aussicht, daß sich die Bischöfe zu einem klaren Willensakt durchringen. Noch immer glauben sie an die Möglichkeit der Versöhnung oder tun wenigstens so. Der neueste Ansatzpunkt ihrer Hoffnungen ist die noch etwas unklare Trennung der staatlichen Erziehungsansprüche zwischen »Reichsjugend« und »Hitlerjugend«. Diese letzte soll, ebenso wie der B. d. M., nur eine Auslese der Knaben und Mädchen sein, während die Masse in der »Reichsjugend« zusammengefaßt werden soll. So bescheiden sind die Bischöfe schon geworden, daß sie erwägen, sich mit der »Reichsjugend« abzufinden, wenn der Kirchenbesuch der jungen Leute nicht behindert wird. Praktisch würde das an der vollendeten Niederlage der katholischen Jugendbewegung nichts ändern, da die »Reichsjugend« außerhalb der Kirche ganz unter nationalsozialistischem Einfluß stehen wird...

Bei jeder Art Verhandlungen mit Rom ist Hitler nun im Vorteil. Er hat der katholischen Kirche fast alle über das engste kirchliche Leben hinausreichenden Organe genommen, auch die katholische Tagespresse. Wenn der jetzige Zustand, den die Bischöfe praktisch hingenommen haben, als Status quo legitimiert wird, so haben die Nazis einen ausgezeichneten Standort für das weitere Vortragen ihrer Aktionen. Tatsächlich sind alle Proteste und Eingaben der Bischöfe und Erzbischöfe an die obersten Reichs- und Landesstellen so gut wie nutzlos geblieben, vielfach überhaupt nicht einer Antwort gewürdigt worden. Davon machen die »Abwehr-Aktionen« des im Rufe einer Kampfnatur stehenden Kardinals Dr. Faulhaber keine Ausnahme. Wir wissen, daß er nicht einmal die Entfernung von »Stürmertafeln« erreichen konnte, die veranzelt sogar an Kirchen und anderen pfarramtlichen Gebäuden angebracht wurden. Nur dort, wo die Bauern und die katholische Jugend sich selber helfen, sind mindestens vorübergehend Erfolge zu verzeichnen, und wenn nachher der Kaplan mit einigen jungen antihitlerischen Kämpfern ins Gefängnis mußte, ist das sogar ein bleibender Erfolg — nicht für Hitler, sondern für die Kirche.

Aus dem Brief einer deutschen Arbeiterfrau

»...Daß Freund... und... jetzt plötzlich frei gekommen sind, werdet Ihr wissen, und auch noch einige andre sind entlassen worden. Fast drei Viertel Jahre waren sie nun

Beweisanträge zu Ihrer Verteidigung wollen Sie unter Angabe der genauen Anschrift bis spätestens..... 193... beim Gaugericht..... anbringen. Gegen Zustellungsurkunde.

Es geht daraus hervor, daß das Arbeitsgericht die bei ihm eingereichte Klage der nationalsozialistischen Parteiorganisation zur Verfolgung des Klägers ausgeliefert hat.

Der Dolch des Führers

In Köln-Worringen hat am Erntedankfest ein SA-Führer einen 37jährigen Familienvater mit dem SA-Dolch erstochen. Als Grund konnte er vor Gericht nur anführen, er habe den Gruß des Betrunknen »Guten Tag!« für eine Provokation gehalten. Es gab einen kleinen Streit, der sowohl von dem Betrunknen wie von den Zeugen als »schwerhaft« aufgefaßt wurde. Der SA-Führer dagegen fühlte seine Uniform und seine Waffe beleidigt und schloßte einige Minuten später auf der dunklen Straße seinem Gegner kaltblütig den Bauch auf. Das Gericht stellte vorsätzlichen Mord fest wegen der »Verdienste als Frontkämpfer und als Kämpfer für das Dritte Reich seit dem Jahre 1934« wurden aber nur 2 Jahre Gefängnis verhängt. Immerhin ist wenigstens eine Strafe verhängt worden. Ob sie abgemessen wird ist eine andere Frage. Die nationalsozialistische Auffassung über den Waffengebrauch des SA-Mannes verkündete nämlich vor Gericht der Verteidiger Rechtsanwalt Bartsch, al-

Deutsche Streiflichter

um nichts eingesperrt, denn es war kein Termin, und die Anklage wurde wahrscheinlich niedergeschlagen, weil sie gar nicht illegal tätig waren. Der Genosse... sieht schrecklich aus vor Hunger im Gefängnis und infolge der Mißhandlungen im Anfang, weil die zu Polizeibeamten gemachten Nazi Rache an ihm nahmen für seine Reichsbannerarbeit... Du meine Güte, was haben der Hitler und der Göbbels für Lügenzeitungen. Jetzt wissen wir schon seit Anfang Dezember an kein Ei zu kommen, und nun schreibt wirklich die Nazizeitung hier, wir hätten von den Vorratskäufern zu viele gekauft, weil die Eier dies Jahr billiger gewesen wären als im vorigen. So eine Lüge, denn es weiß doch auch jede Hitlerike, daß das Schwindel ist. Unter 12 bis 15 Pfennigen ist schon lange kein gutes Ei mehr zu haben. Ueberhaupt alles ist viel teurer. Leberwurst, die diesen Namen verdient, kostet bei uns jetzt 1.60 bis 1.80 RM das Pfund, was doppelt so teuer ist als vor Hitler und dabei ist die Wurst viel schlechter, was durch mehr Salz und Pfeffer und Gewürz verdeckt werden soll. Und dann die Behandlung der armen Leute. In meiner Nachbarschaft ist jetzt eine fast 60jährige unverheiratete Arbeiterin regelrecht verhungert, weil ihr die Wohlfahrt immer abgezogen hat. Wie ehrlich und anständig die arme Seele war, kann man daraus ersehen, daß sie sich in vielen Groschen 10 Mark für die Januarrente zurückgelegt hatte, und die hat der Wohlfahrtsbeamte mitgenommen. Da die 10 RM für ein Armenbegräbnis nicht reichten, hat die Wohlfahrt den verhungerten Körper an die Unversittätsklinik abgegeben... Ein anderer Fall: ein »lebzigjähriger Bekannter von uns hat längere Zeit wöchentlich ein oder zwei Mark von einem Sohn als Zuschuß zu der jämmerlichen Wohlfahrtsunterstützung bekommen und hat diese großartige »Bereicherung« der Behörde verschwiegen. Dadurch hat er aber »Sabotage« getrieben und wurde zu vier Monaten Gefängnis wegen »Eigennutz« verurteilt, die er jetzt im Gefängnis... absitzen muß. Er hätte eben bei der Wohlfahrtsunterstützung auch still verhungern sollen. Nicht nur wir Parteigenossen, auch viele, viele andere Leute wissen jetzt, daß Hitler der größte Lug und Trug ist, und einmal muß doch dieser ganze Schwindel auch offenbar werden...«

Darré vermisst den Steckrübenwinter

In der Flut von Neujahrsreden und Neujahrsartikeln kehrt ein Trostrefrain immer wieder: es ist alles nicht so schlimm geworden, wie unsere Gegner vorausgesagt haben. Die Prophezeiungen macht man sich allerdings selber zurecht, und so hat man es leicht, »nachzuweisen«, daß der erwartete »Zusammenbruch« nicht eingetreten sei. Eine Gipfelleistung vollführte der Bauernführer und Reichshungerminister Darré. Derselbe, der sich als vorahnender Mann sein Denkmal als Bauernretter zu Beginn seiner ministeriellen Laufbahn hat setzen lassen. Er zieht eine Parallele mit den deutschen Ernährungsverhältnissen im Winter 1916/17 und stellt aufatmend mit bei Nazis seltener Bescheidenheit fest, daß immerhin im dritten Jahre Naziherrschaft der »Steckrübenwinter von 1916/17«

also der des dritten Kriegsjahres, noch nicht wieder gekehrt sei, obwohl »unsere Gegner mit dieser Hoffnung gerechnet« hätten. Natürlich hat niemand von uns einen Steckrübenwinter erwartet, denn immerhin führt ja Hitlerdeutschland noch keinen Krieg. Darrés Spiel mit dem Steckrübenwinter verdient nur deshalb registriert zu werden, weil es offenbart, daß die Naziführer innerlich den Glauben an Aufstieg und Besserung der Wirtschaft schon verloren haben und von der Angst vor Steckrübenwintern gequält werden. Die Steckrüben aber waren die letzte Verteidigungslinie in der »Erzeugungsschlacht« des Kaiserreichs. Dahinter kam die Revolution.

Ein deutscher Kaufmann schreibt

»...Irgend einen Vorteil infolge des Verschwindens der vielen jüdischen Geschäfte haben wir nicht, abgesehen davon, daß man selber machtlos ist, wenn man als nichtarisches Geschäft »verdächtigt« wird. Man kann dann immer wieder aufklären und aufklären, auch wenn man ab und zu die loyale Unterstützung einer Parteistelle hat. Mir passiert wegen meines Namens z. B. nicht selten folgendes: Irgend ein wackerer Pg. kauft ein, trägt das Zeug einige Zeit, hat auch angezahlt und weigert sich dann, den Rest zu bezahlen. Begründung: Ich, der »Jude«, hätte ihn betrogen und die Ware sei längst überbezahlt. Ich lasse in solchen Fällen regelmäßig antworten: 1. sei ich Arier, und 2. widersprechen solche »Einzelaktionen« den amtlichen und halbamtlichen Verlautbarungen. Wenn nicht sofort Zahlung erfolge, würde ich mich an die Gauleitung wenden. Diese Drohung hilft meistens, weil ich tatsächlich Arier bin. Ich weiß aber von jüdischen Freunden, daß sie ein solches Vorgehen nicht wagen können. Du hast Dich gewundert, daß ich nun auch eine Kredit-Abteilung habe. Ja, weißt Du denn nicht, daß ich damit nur dem Beispiel sehr großer und angesehener Detailfirmen folge bin, die früher an Kreditgewährung für kleine und kleinste Kundschaft nicht gedacht hätten? Du scheinst nicht zu wissen, daß es in Arbeiter- und kleinbürgerlichen Kreisen keine Seltenheit ist, Beträge bis zu 20 RM herab zur Teilzahlung zu nehmen: man zahlt vielleicht 5 RM Anzahlung und den Rest auf Stottern. Wie gesagt, ist das auch in sogenannten erstklassigen Geschäften so. Ich selber habe jetzt dutzende Reisende unterwegs, die zugleich verkaufen und einkassieren, und alles sind eigentlich nur Läßerel-Beträge. Der Kundschaft geht es aber meistens noch schlechter als den Provisionsreisenden. Wenn man könnte, möchte man oft genug die Ware am liebsten verschenken, weil man das Elend in den Familien und bei ihren Kindern kennt. Wie soll das enden, wenn es noch einige Jahre so weiter geht? Und dabei überall Schimpferei, aber nirgendwo Selbstvertrauen, sondern meistens nur die »Hoffnung« auf den Krieg oder die Bemerkung: »Das Ausland muß den Kerl kaputt machen...« Ich möchte beinahe sagen, es ist das alles so echt deutsch...«

Hannes Winck.

ter Kämpfer der nationalsozialistischen Juristen und ihr führender Mann im Rheinland:

»Er verwies auf eine Entscheidung des Allensteiner Schwurgerichts, wonach bei einem Angriff auf einen Mann in Parteiuniform Privatperson und Uniform nicht zu trennen sei. Die Uniform als Hoheitszeichen der Partei ist besonders schutzbedürftig. Ein SA-Mann in Uniform braucht sich nicht in eine Katzbalgerei einzulassen, bei der er womöglich verprügelt und die Uniform besudelt wird. Nicht umsonst hat der Führer den SA-Männern den Dolch verliehen. Sie sind politische Soldaten und haben als solche zu handeln. Bei einem ähnlichen Angriff darf sich daher der SA-Mann seines Dolchs bedienen, wobei es sich für einen Soldaten von selbst versteht, daß diese Abwehr nicht schwächlich, sondern energisch ist. Der Charakter des Dolchs als »zweiseitig geschlossene Stichwaffe« bringt es mit sich, daß auch bei vorsichtigem Gebrauch leicht tödliche Verletzungen entstehen können. Jeder, der einen bewaffneten Parteigenossen angreift, muß wissen, daß er ein gefährliches Spiel mit dem Leben treibt.«

Daraus wird dann das Recht hergeleitet, bei einem Volksfest irgend einen harmlosen Menschen, der sich dem kleinsten SA-Bonzen einen Scherz erlaubt, über den Haufen zu stechen und an eine wirklich abscreckende Strafe ist unter der Herrschaft des Diktators der diese Dolche verliehen und die SA mit seiner Sorte Geist erfüllt hat, natürlich nicht zu denken. Der Führer hat zehntausende Ver-

brechermaturen bewaffnet, und die sind und bleiben die eigentliche Stütze seines verbrecherischen Regimes.

Die Pazifisten

Wir lesen in einer deutschen Zeitung:

»Nationen bestehen aus Menschen; und wenn dies auch immer jeweils Menschen bestimmter Prägung sind, so hat doch nichts mehr Verständnisslosigkeit im Zusammenleben der Völker hervorgebracht als die allzu rasche Festlegung fremder Nationen auf bestimmte Menschentypen. »Dere Franzose, Engländer, Deutsche — das sind meistens Vorstellungen, in denen aus einer Einzeleigenschaft ein Mensch konstruiert wird, also etwas, was dann als Hindernis für das Verstehen leicht eine Pseudo-Wirklichkeit bekommt.«

Nanu, haben wir uns etwa im Titel des Blattes geirrt? Ist das vielleicht »pazifistisches Emigrantengesäusel«? Nein, da oben am Kopf steht groß und breit: »Deutsche Allgemeine Zeitung«. Was ist da geschehen? Ist ein Redakteur verrückt geworden oder hat ein Setzer eigenmächtig darauf los phantasiert? Nein, keins von beidem. Obgleich die zitierten Sätze wie eine Kritik am Nationalsozialismus klingen, sind sie durchaus absichtlich und mit vollster Ueberlegung geschrieben worden. Und worum handelt es sich? Um einen Reklameartikel für die Tagung der »Deutsch-Englischen Gesellschaft« in Berlin.

Hitler ist nicht Deutschland

Der deutsch-amerikanische Kulturverband hat in New York einen Deutschen Tag veranstaltet unter der Devise »Hitler ist nicht Deutschland, und Deutschland ist nicht Hitler«. Die Große Halle des St. Nicolas Palace war gefüllt bis zum letzten Platz. Es sprach neben Gerhart Seger der Schriftsteller Emil Ludwig. Seine Rede schloß mit folgenden Sätzen:

»Wir grüßen die großen Demokratien, Frankreich, England, Rußland; die Schweiz, und manche anderen Staaten, die ihr Tor den Deutschen geöffnet haben. Um uns leben in dieser Stunde die Geister jener großen Emigranten, die früher in diese Länder geflohen sind, und die ein gleiches Schicksal unsterblich gemacht hat:

Ich sehe vor mir Victor Hugo, wie er auf seiner Insel im Kanale 1000 Zettel schreibt, und sie in sein gekochtes Vaterland tragen läßt. Ich sehe Herwegh, wie er am Züricher See die Lieder seiner Empörung dichtet. Ich sehe Bakunin und Lenin, wie sie in einem kleinen Fischerdorf bei Locarno ihre Pläne schmiedeten. Ich sehe in seinem Pariser Atelier Heinrich Heine, wie er seine Bosheiten über den deutschen Leutnant diktiert. Ich sehe Mazzini in Marseille, wie er das Neue Europa entwirft. Ich sehe Karl Marx in London, umrauscht von Zahlen, einen künftigen Staat konstruieren.

Sie sind alle unsere Vorfahren: lauter prophetische Europäer, die von anderen Europäern gastlich aufgenommen wurden, nur um des ältesten Ideals der Menschheit willen — um Freiheit!

Dort, wo die Kuppel brannte, die die Vernichter der deutschen Freiheit angezündet haben, dort wird sich eine neue unsichtbare Kuppel erheben über dem Tempel der Toleranz, der Selbstbestimmung. Ja, gerade aus ihrem Verbrechen wird sich der Geist erheben, wie Phönix aus dem Feuer! Dann werden wir die Asche der Ermordeten und der in der Verfolgung Gestorbenen in ihre Heimat zurücktragen. Dort aber, wo unsere Bücher verbrannt wurden, auf dem Platze der Unversität, werden wir Sätze aus »Mein Kampf« verlesen, um dann das Buch des einstigen »Führers« zu verbrennen!

In diesem Kriege, den Deutschland heute vorbereitet, und der vielleicht doch der letzte Bürgerkrieg Europas werden kann, werden wir keinen Burgfrieden halten, sondern an der Seite derer kämpfen, die die Menschlichkeit verteidigen. Dann werden die Vereinigten Staaten von Europa plötzlich möglich sein!

Das humanistische Deutschland ist für immer dahin. Neue Jahrhunderte fordern neue Formen. Aber der edle Baum seiner Dichtung, seiner Weisheit und Musik blüht ewig fort. Sie werden wir nie vergessen! Immer werden wir eingedenk bleiben der letzten Verse, die der uralte Goethe schrieb:

»Ja, diesem Sinne bin ich ganz ergeben.

Das ist der Weisheit letzter Schluß:

Nur der verdient die Freiheit wie das Leben,

der täglich sie erobert muß.«

Was sind Verträge mit Hitler wert?

Die Erfahrungen des Vatikans.

Die katholische Zeitschrift »Der Deutsche Weg« schildert in anschaulicher Weise die Erfahrungen, die der Vatikan mit Hitler als Vertragspartner gemacht hat:

»In übermäßigem, verdächtigem Eifer wurde ein Konkordat mit dem hl. Stuhl abgeschlossen. Bald schon hörte man diesen Staatsvertrag einen Fetzen Papier nennen und heute kümmert man sich nicht mehr um die einzelnen, den Katholiken zugewandten Rechte. Die katholische Presse sollte unantastbar sein, die Standesvereine und katholischen Jugendverbände in ihrem Bestand gesichert sein. Heute läßt man die katholischen Vereine und Organisationen der Reihe nach auf, ihr Vermögen wird beschlagnahmt, die katholische Presse wird ihres Charakters entkleidet und vernichtet, Kirchenblätter verfallen der Beschlagnahme. Erst wurde versprochen, in der Hitlerjugend werde auf Erfüllung der religiösen Pflichten geachtet werden, gar bald durfte die Jugend keine Freiheit für den Kirchenbesuch erbitten und heute ist die Jugendorganisation des Dritten Reiches die Brutstätte des Heidentums. Erst sollte kein Kind in die Hitlerjugend gezwungen werden und heute erhalten die Lehrpersonen, die nicht genügend viele Kinder in der Hitlerjugend nachweisen, Strafverurteilung oder Pensionierung. Gestern noch erwähnte man die christlichen Kirchen als Fundament des Dritten Reiches und heute sind die Bischöfe, Priester und Christen Staatsfeinde, die man nicht genug beschimpfen und lästern kann. Wagt der Priester pflichtgetreu die Rechte der Kirche oder der katholischen Eltern zu betonen, so wandert er vor das Gericht und in das Gefängnis oder er verschwindet — was noch

Brasilien gegen Göbbels-Methoden

Der Kampf um Troppmaier

Br. Rio de Janeiro, Ende Dezember.

Seit einigen Wochen steht in Brasilien die Göbbels-Propaganda im Mittelpunkt zahlreicher Angriffe. Umkämpft wird die Person des offiziellen Beauftragten des Reichspropagandaministers Dr. Göbbels, des Verlegers der »Deutschen Zeitung« von Sao Paulo Rudolf Troppmaier. Troppmaier ist einer der übelsten Typen des an üblen Typen wahrhaftig reichen südamerikanischen Auslandsdeutschtums. Er hat die »Deutsche Zeitung« von Sao Paulo zu dem schmutzigsten Meinungsbordell gemacht, das man sich überhaupt vorstellen kann. Sie ist für jedermann und für jede Gesinnung zu haben, wenn nur entsprechend (und nicht einmal viel) dafür gezahlt wird. Das Organ des Paulistaner Deutschtums gehörte seinerzeit zu den Gegnern der NSDAP, weil das der Inseratenpolitik des Herrn Troppmaier entsprach. Es ist heute unter der Leitung desselben Herrn Troppmaier morgen das Organ der Weißenberg-Sekte, wenn diese nur genügend dafür bezahlen könnte. Außerdem hat sich Troppmaier jeweils noch ein zweites Mal verkauft, nämlich an brasilianische Parteien und Interessentengruppen. Er hat um der von dieser Seite her bezahlten Bestechungsgelder willen das selbstverständliche Gebot übertreten, sich als auslandsdeutscher Verleger nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten des Gastlandes einzumischen. Ja noch mehr: Troppmaier hat in den Spalten seiner Zeitung mehrmals die in Brasilien lebenden Deutschen zur aktiven und militärischen Parteinahme für bestimmte politische brasilianische Parteien aufgefordert. Zweimal hatte er auf die falsche Seite gesetzt, und zweimal wurde ihm seine Zeitung von den wütenden und erbosten Brasilianern zerstört. Dieser Troppmaier ist heute der Vertrauensmann des Reichsministers Dr. Göbbels in allen Angelegenheiten der Auslandspropaganda der Nationalsozialisten und des Dritten Reiches in Brasilien! Zwei edle Seelen haben sich gefun-

den, nur hat es den Anschein, als machten beide Teile angestrenzte Versuche, einander geschäftlich über das Ohr zu haufen, wobei allem Anschein nach die deutschen Steuerzahler auf jeden Fall die Leidtragenden sein werden.

Dem publizistischen Botschafter der NSDAP in Brasilien wird nun zum ersten von der brasilianischen Presse der Vorwurf gemacht, er habe bei der auf Grund der neuen brasilianischen Verfassung notwendigen Registrierung seiner Zeitung bewußt und überlegt eine falsche eidesstattliche Erklärung abgegeben. Bereits dieses Deliktes wegen, das unbestritten ist, wird Troppmaier als »unerwünschter Ausländer« bezeichnet und seine Ausweisung gefordert. Der zweite Vorwurf, den die brasilianische Presse gegen Troppmaier erhebt, wiegt noch schwerer, er interessiert uns in dem Zusammenhang vor allem mehr! Die brasilianische Presse stellt nämlich fest, daß Troppmaier im Auftrage der nationalsozialistischen Auslandspropaganda die Zeitung »O Tempo« (Die Zeit) heimlich und illegal herausgibt, um auf diese Weise in portugiesischer Sprache für das Dritte Reich und gegen die verfassungsmäßigen Grundsätze der Estados Unidos do Brasil Propaganda zu machen. Die brasilianische Presse hat bis in alle Einzelheiten die Richtigkeit dieser Behauptung nachgewiesen. Sie hat den Nachweis dafür erbracht, daß dieses illegale Organ von Beauftragten Troppmaiers redigiert wird. Sie hat nachgewiesen, daß es in seiner Druckerei gedruckt wird. Sie hat schließlich nachgewiesen, daß es vom Verlage der »Deutschen Zeitung« kostenlos brasilianischen Persönlichkeiten (insbesondere in den Südstaaten) zugesandt wird.

Die brasilianische Presse ist über diese provokante Einmischung deutscher Nationalsozialisten in innerbrasilianische Angelegenheiten außerordentlich erbittert und empört. Der Verband deutscher Vereine in Sao Paulo hatte sich zuerst, auf Befehl der NSDAP, mit Troppmaier solidarisiert. Darauf reagierte aber die brasilianische Presse so wütend, daß er inzwischen wohl oder übel auf jede weitere

schlimmer ist — in den Konzentrationslagern, den Folterstätten des heutigen Lebens.«

Jeder, der mit Hitler einen Vertrag über Rüstungsbegrenzungen oder Friedenssicherung schließt, wird genau dieselben Erfahrungen machen, wie sie der Vatikan mit seinem Konkordat gemacht hat.

Emigranten in Luxemburg

Das kleine Großherzogtum Luxemburg wehrt sich gegen eine weitere Ueberfrem-

dung, und darunter haben auch zahlreiche Emigranten zu leiden. In der letzten Dezemberwoche sind eine Reihe von Ausweisungen erfolgt. Mehrere Gruppen von jüdischen Emigranten haben freiwillig das Land verlassen, und zwar nach Nord- und nach Südamerika. Noch immer treffen aus dem Reiche, insbesondere aus dem Saargebiet jüdische Emigranten ein, die auf die Erlaubnis zur Niederlassung hoffen, jedoch wird ihnen nur vorübergehende Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Krieg um die Kriegswirtschaft

Im Dritten Reich ist der »militärische Wert« so unbestritten als der höchste anerkannt, daß kein Klasekämpfer um regen Anspruch bittet, ohne auf seine militärische und vaterländische Bedeutung hinzuweisen. Kauft Klase und ihr stärkt die Wehrkraft der Nation!

Infolgedessen werden die wirtschaftspolitischen Differenzen mehr und mehr in der militärischen Sphäre ausgetragen. Schacht sagte, um sich vor den Blut- und Bodennystikern, denen er den Weg gebahnt hat, zu retten, »ohne kapitalistischen Unterbau sei keine moderne Wehrmacht möglich.« Die Blut- und Bodennystiker aber sagen: »Nahrungsfreiheit ist die wichtigste Voraussetzung der Wehrfreiheit.« Es wiederholt sich auch hier ein altes Spiel aus der Zeit der wilhelminischen Ära: die Junker sagen Schutzzölle sind das Beste für die Wehrhaftmachung der Nation, die exportierende Industrie aber sagt: nein, Freihandel ist besser.

Am 22. Dezember 1935 schrieb die »Frankfurter Zeitung« in einem Artikel über »Der kriegswirtschaftliche Gedanke« u. a.:

»Unschwer ist voraussehen, daß die kriegswirtschaftliche Betrachtungsweise auch auf die wirtschaftspolitische Meinungsbildung Einfluß ausüben wird. Es wäre ein Irrtum, wollte man annehmen, diese Art der Betrachtung dränge nun ohne weiteres nach einer Uebertragung militärischer Ordnungsgrundsätze auf die gesamte Wirtschaft, von ihr werde z. B. die mechanische Ausdehnung staatlicher Betätigung in der Wirtschaft befürwortet, der Ausschaltung der Privatinitiative das Wort geredet und die Förderung erhoben, eine höchste Befehlsstelle müsse auch in der Wirtschaft kommandieren, was, wieviel und womit erzeugt werde... Weitsichtige militärische Führer haben stets erkannt, daß verschiedene Bereiche des Lebens ganz ver-

Stellungnahme verzichtet hat... Bisher ist es aber bei einer Pressepolemik geblieben. Sie wird jedoch geführt unter anderem von Zeitungen, die dem gegenwärtigen brasilianischen Außenminister und dem brasilianischen Innenminister außerordentlich nahestehen; sie kann also nicht ernst genug genommen werden. Von nationalsozialistischer Seite ist bisher, außer einigen Beschwichtigungsbesuchen, nichts geschehen. Zum Teil überwiegt einfach eine ganz primitive Schadenfreude, die sich gleichermaßen gegen Troppmaier wie gegen seinen Protektor Göbbels richtet. Man gönnt dem maßlos unbeliebten Troppmaier jede Niederlage und man gönnt auch dem Reichspropagandaminister jeden Hereinfall! Für die »Sauberkeit« des braunen Milieus spricht es allerdings, daß ein Teil der Nationalsozialisten eine Erschwerung der Situation Troppmaiers gar nicht ungern sieht, — man hofft auf diese Weise, nach bewährtem deutschen Vorbilde, die »Deutsche Zeitung« billig in die Hand zu bekommen. Man bedenkt allerdings nicht, — dumm, wie man ist — die Wirkungen der ganzen Affäre auf die brasilianische Öffentlichkeit. Die Brasilianer sind wesentlich klüger und informierter, als es manche arrogante und anmaßende Deutsche wahr haben wollen. Sie wissen ganz genau, daß die nationalsozialistische Propaganda auf die wirklichen Brasilianer unter keinen Umständen wirkt; dafür ist sie zu geistlos und ungeschickt! Sie haben also keinerlei Anlaß zur Eile oder Aufwendung besonderer Energie. Sie interessiert vielmehr aus einer ganzen Reihe von Gründen, wie weit die Nationalsozialisten in ihrer Verblendung die Geduldprobe treiben werden. Sie haben auch sonst nichts gegen eine Demaskierung neudeutscher Anmaßung. Sie nehmen ruhig, gleichmütig und voll innerlicher Ueberlegenheit alles zur Kenntnis, und sind nicht, wie die Nationalsozialisten meinen, die Dummen, sondern die Klügeren, die dann zugreifen werden, wenn es ihren Interessen entspricht, wenn es ihnen paßt, umfassend gegen die nationalsozialistische Verletzung der brasilianischen Souveränität einzuschreiten!

tungen sogar Bestätigungen dieser Ansicht, die beispielsweise Seeckt immer vertreten hat. Fast könnte dieser Artikel von ihm stammen. Ein Anhänger des Seecktschen Weges der Rüstung, der Generalleutnant a. D. Metzsch, schreibt in der »Preußischen Zeitung« vom 5. 12. 35, beispielsweise folgendes:

»Früher war Bodenschatz gleich Kriegsschatz. Heute ist der Schutz der Zufahrtswege wichtiger als aller Reichtum unter Tag. Er wird für Deutschland Sicherheit niemals ausreichen. Also gehören zu Deutschlands Rüstung auch wirtschaftliche Auslandsbeziehungen. Dabei genügt die Einfuhr an sich noch nicht. Sie will auch bezahlt sein. Zahlungsmittel (Devisen) sind daher ebenso notwendig wie Lebensmittel. Auf das Sterben kann man — um mit einem Faschistenlied zu sprechen — pfeifen. Auf Devisen und Lebensmittel kann man nicht pfeifen. Die tapfere Haltung allein ist daher als alleinige Rüstung zu wenig. Die wirtschaftliche Rüstung muß hinzutreten. Zum Wehrwillen gehört die Wehrwirtschaft, und für rohstoffarme Länder wie Deutschland gehört zur Wehrwirtschaft ein gewisses Mindestmaß von Weltwirtschaft. Die Devisenbeschaffung ist also ebenso dringlich wie die Arbeitsbeschaffung... Gedeihende Erbhöfe und verfallene Fabrikhöfe ergeben als Gesamtergebnis ein Defizit der Nation... Was dem Genzen, also der Wehrmacht schadet, kann niemals im Interesse der Wehrmacht sein...«

Vom Standpunkt des modernen Militärs erfordert also wirklich zeitgemäße Rüstungspolitik dasselbe, wie vom Standpunkt der »Frankfurter Zeitung«. Ist es nicht sehr auffallend, daß die junkerlichen Militärs im Bunde mit den kleinbürgerlichen Nationalsozialisten eine Rüstungspolitik vertreten, die sich genau mit ihren wirtschaftlichen Abaperungstendenzen deckt, während die modern kapitalistische Exportindustrie eine Rüstungspolitik für angezeigt hält, die mit ihren Friedenswirtschaftszielen ebenso übereinstimmt? Es liegt also der Verdacht sehr nahe, daß die junkerlichen und schwerindustriellen Bankrotteure ihre Interessen, wie immer, so auch diesmal wieder, in nationaler Weise verbrämen. Ein Hindenburg-Programm in erweiterter Auflage!

Die Logik

Aus einem Münchener Blatt: »Die Demokratie ist stets ein Terrorist. Die wahre Demokratie kann nur der sogenannte Antidemokrat verfechten — kraft des Gesetzes der inneren Logik.«

Vor so viel innerer Logik kann man nur kapitulieren.

Man sieht, wohin die FZ steuert. Die Argumente sind — man kann es nicht verhehlen — ziemlich lieb- und stichfest. Gerade gegenwärtig finden sich in militärischen Betrachtungen

Die Kehrseite der Rüstungskonjunktur

Wachsende Unruhe bei den führenden Kreisen

Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik bedeutet fortschreitende Zerrüttung der gesamten Wirtschaft. Die Umstellung des Produktionsprozesses auf Kriegswirtschaft ist erkauft mit einer Senkung der Gesamtproduktivität, der Verminderung der internationalen Konkurrenzfähigkeit, dem dauernden Verlust auswärtiger Absatzmärkte und der Erhöhung der Produktionskosten durch die Ersatzstoffwirtschaft. Die ungeheuren Investitionen in den Kriegsindustrien (im weiteren Sinn dieses Wortes), der riesige Verbrauch von Produktionsmitteln, Rohstoffen und Arbeitskraft zur Herstellung von Kriegsmaterial erfolgte im ersten Stadium hauptsächlich durch Herabdrückung der Konsumrate, die dann einen Rückgang der Investitionsrate und der Beschäftigung in den Konsummittelindustrien oder besser gesagt in allen nicht durch die Rüstungsaufträge angestachelten Wirtschaftszweigen bewirkte.

Wie verhält es sich aber mit der Profitrate? Es unterliegt keinem Zweifel, daß in den ersten beiden Jahren der Hitlerherrschaft die Profitrate in den von Staatsaufträgen begünstigten Zweigen eine rasch steigende Tendenz gezeigt hat. Aber schon in dieser Zeit war das kapitalistische Gemüt von der Sorge geplagt, daß diese Gewinne Papiermarkgewinne waren; die inflationistische Finanzierung der Rüstungskonjunktur erweckte immer stärkere Zweifel daran, was schließlich aus diesen akkumulierten Geldgewinnen am Ende werden sollte. In der letzten Zeit wird aber diese stets wachsende Sorge noch dadurch vermehrt, daß auch die Akkumulation der Geldgewinne eine Verlangsamung aus verschiedenen Gründen erfährt. Die Reichskreditgesellschaft macht darüber in ihrer eben erschienenen Uebersicht über die deutsche Wirtschaftslage folgende Bemerkungen:

Die Einkommen aus gewerblichen und Handelsunternehmungen waren bereits von 1932 bis 1934 um rd. 1,8 auf 7,4 Mdn. gestiegen. Das Jahr 1935 dürfte eine weitere Zunahme gebracht haben, jedoch in vermindertem Tempo, denn die Erlöslage sei jetzt nicht mehr so günstig wie im letzten Aufschwung 1936/38. Eine Analyse der Mitte 1935 bilanzierenden industriellen Gesellschaften zeige eine beträchtliche Zunahme der Bruttoerträge, während die Nettoziffern der Reinerträge kaum noch zugenommen hätten. In diesem Zurückbleiben der Nettoerträge komme einmal die Besonderheit der Mengenkonjunktur zum Ausdruck, bei der grundsätzlich (1) Preiserhöhungen vermieden werden. Die Vorteile aus der Kostendegression mit wachsendem Auftragszugang vermindern sich allmählich bis zu dem Zeitpunkt der stärksten Anlageausnutzung. Wenn dieser Tatbestand auch für den Gesamtdurchschnitt der deutschen Produktionsgüterindustrien noch nicht vorlag, so zeigt doch die Kapazitätshöhe vom Herbst 1935 in einer Reihe von Zweigen bereits eine hohe Ausnutzung der vorhandenen Produktionsreserven, so daß also eine weitere Entlastung von der Seite der fixen Kosten her nicht mehr zu erwarten ist. Dazu kommt, daß im allgemeinen die während der Krise stark erhöhten Steuersätze beibehalten worden sind, so daß ein größerer Teil der Bruttoerträge von der öffentlichen Hand in Anspruch genommen wird. Auch die Sozialabgaben seien in erheblichem Umfang gestiegen. Eine wesentliche zusätzliche Belastung sei schließlich aus der Exportförderung, aus der Außenhandelserschwerung sowie aus der Umstellung auf neue Rohstoffe entstanden. Infolgedessen mußte der Saldo für Neuanvestitionen, Reservestellungen und Ausschüttungen geringer sein als in einer kombinierten Preis- und Mengenkonjunktur. Mit Recht sei neuerdings die Bedeutung ausreichender Reservebildung auch von amtlicher Seite betont worden. In der Wirtschaftskrise 1930 bis 1932 seien die vorhandenen Reserven vielfach aufgezehrt worden. Die allmähliche Wiederauffüllung des Reservenpotentials liege durchaus im Interesse der Kräftigung unserer gesamten Volkswirtschaft.

Bei aller Skepsis, die man den Klagen über mangelnde Rentabilität entgegenbringen muß, scheinen uns diese Ausführungen doch im Prinzip viel Richtiges zu enthalten. Die fortschreitende Erhöhung der Produktionskosten muß allmählich auch die Profitrate in den begünstigten

Produktionszweigen zum Sinken bringen. Die Belastung der Industrie mit fast einer Milliarde Reichsmark für den Ausfuhrfonds war schon ein erheblicher Posten. Und wie soll sich die Zukunft gestalten? Soll diese Abgabe, die zunächst als eine einmalige bezeichnet wurde, aufs neue erhoben werden oder soll sie wegfallen? Was wird dann aber aus der deutschen Ausfuhr, wenn sie nicht mehr subventioniert wird? Und von der Höhe der Ausfuhr hängt ja die deutsche Versorgung mit Lebensmitteln und Kriegsrohstoffen ab. Woher soll die Reservenbildung kommen, wenn erstens alle Reserven vom Staate für die Fortführung seiner Rüstungspolitik in Anspruch genommen werden, und zweitens die Fonds, die aus den Ersparnissen des Konsums einerseits, aus den Profit andererseits gebildet werden können, sich in raschem Tempo vermindern?

Noch stärker aber als der industrielle Profit ist in zahlreichen Zweigen der Handelsprofit gesunken, wovon namentlich viele mittlere Unternehmungen und besonders das Nahrungsmittelgewerbe sehr stark betroffen werden. Der Leiter der Fachgruppe »Handel«, der Pg. Dr. Luer, führte darüber kürzlich bewegliche Klagen. Gerade in der letzten Zeit sei der Handel durch die Verkürzung der Spanne infolge steigender Einkaufspreise und behördlich festgehaltener Verkaufspreise außerordentlich belastet worden. Bei den Nahrungsmitteln sei die Spanne vom April bis Oktober 1934 um 3,6 Prozent und bis zum Mai 1935 um weitere 6,6 Prozent zurückgegangen. Die Einzelhandelspreise für den Gesamtdurchschnitt aller drei Margarinequalitäten stelle sich zur Zeit auf 11 Prozent und unterschreite damit die Durchschnittskosten um etwa 4 Prozent. Ähnlich lägen die Verhältnisse bei verwandten Produkten. Deshalb fordert Luer eine freiere Preisentwicklung und lehnt eine »Erstarrung der Preise« ab. Damit aber verstößt er gegen das bisher mit allen Mitteln festgehaltene Prinzip der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, die Preise nach Möglichkeit festzuhalten, um die Folgen der Inflation so lange wie möglich zu verbergen. Aber Luer ist nicht der einzige, der dem steigenden Interessengegensatz innerhalb der kapitalistischen Kreise offenen Ausdruck gibt. Der Pg. Bernhard Köhler, der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP hat ebenfalls entdeckt, daß die deutsche Wirtschaft plötzlich mit zu hohen Produktionskosten arbeitet. Deswegen fordert er eine durchgreifende Rationalisierung, zunächst in der gewerblichen Wirtschaft; denn deren Aufgabe sei es, nicht so viel Arbeitskräfte wie nur möglich aufzunehmen, sondern im Gegenteil, für eine bestimmte Leistung möglichst wenig Arbeitskräfte zu brauchen. Die Arbeitskräfte dürften nicht in den jeweiligen Erzeugungsapparat hineingepumpt werden, vielmehr sei dieser von dem Unternehmertum für neue, noch nicht dagewesene Leistungen auszubauen. Nur auf diese Weise, nicht aber durch untaugliche Mittel wie Devaluation, Lohnsenkung, Steuer- und Sozallastensenkung und Ähnliche können diese, auch für den Außenhandel so folgenreiche Verbilligung bewirkt werden.

Eine merkwürdige kapitalistische Ketzerei: Da haben die Nationalsozialisten jahrelang auf die Rationalisierung geschimpft, welche die große Arbeitslosigkeit erzeugt habe; da haben sie in vielen Wirtschaftszweigen Verbote gegen die Maschinenanwendung und gegen neue Investitionen erzwungen, Entlassungen verhindert und Neueinstellungen ohne Rücksicht auf die Beschäftigungslage, namentlich im Anfang, durchgesetzt, und jetzt verlangt ihr Köhler neue Rationalisierung und höchste Steigerung der Maschinenanwendung! Nur freilich läßt er das Rätsel ungelöst, wie die Privatwirtschaft die für die Rationalisierung notwendigen außerordentlichen Investitionen vornehmen soll, wenn der Staat alle Investitionsmöglichkeiten für sich beansprucht und die knappe Rohstofflage von vorneherein alle Neuanlagen aufs Aeußerste erschwert. Rationelle Produktion ist mit der Herrschaft des Rüstungs- und Autarkiewahnsinns eben unvereinbar.

Sowohl die Forderung der Reichskreditgesellschaft nach Reservenbildung als die

Forderung Köhlers, durch Rationalisierung den durch die Inflation bewirkten Preisauftrieb entgegenzuwirken, sind also bei Fortdauer der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik unerfüllbar. Und so versucht man den drohenden Folgen der leichtfertigen Finanzierung auf direktere Weise beizukommen, durch Erhöhung der Lasten. Von den versprochenen Steuerenkungen ist es ja längst still geworden. Dagegen hat Schacht kürzlich dunkle Ankündigungen über die Notwendigkeit neuer Steuern gemacht. Unterdessen aber führt die Reichsbahn eine Erhöhung ihrer Tarife um 100 Millionen Mark jährlich durch.

Seit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft hat in der Reichsbahn eine arge Mißwirtschaft Platz gegriffen. Die Reichsbahn war vor allen anderen großen Bahnsystemen dadurch sehr begünstigt, daß sie in der Inflationszeit nach dem Kriege den allergrößten Teil ihrer Schulden losgeworden war, und die Regelung der Reparationsfrage befreite sie auch von der ihr auferlegten Reparationslast. Trotzdem hat sich ihre Finanzlage rapid verschlechtert. Sie hat die während des »verfluchten Weimarer Systems« angesammelten Reserven ziemlich restlos verbraucht und eine Schuldenlast von 2,9 Milliarden aufgehäuft. Sie ist von den Nationalsozialisten zur Finanzierung der Reichsautstraßen, zu unproduktiven Arbeitsbeschaffungszwecken, zur kostenlosen Beförderung der Güter für das Winterhilfswerk zum Transport der SA und der »Kraft-durch-Freude«-Fahrten zu verlustbringenden Preisen, vor allem aber auch zu weitgehenden Tarifsenkungen zwecks Ankurbelung der Wirtschaft gezwungen worden. Während 1913 im Personenverkehr über 13 Prozent der Einnahmen aus ermäßigten Tarifen aufkamen, sind es 1935 etwa 51 Prozent, also das Vierfache, und im Güterverkehr entfielen 1935 über 47 Prozent der Einnahmen auf Ausnahme-

Statistik für bessere Leute

Dem amtlichen Lebenshaltungsindex zufolge waren im November die Kosten der Lebenshaltung gegenüber dem Vorjahre um 0,4, seit 1933 um nur 2,4 Punkte gestiegen. Es bedarf keines Beweises, daß diese Ziffern keine Beziehung zu den wirklichen Vorgängen auf dem Lebensmittelmärkte haben. Das ist sehr bedauerlich, weil ein auch nur einigermaßen richtiger Lebenshaltungsindex erlauben würde, festzustellen, ob die Zunahme der Einzelhandelsumsätze nur mit der Teuerung zusammenhängt oder auch auf eine Zunahme der verkauften Mengen hindeutet. Die Forschungsstelle für den Handel stellt für den Monat November »die außerordentliche Höhe der Lebensmittelumsätze« fest. In den Lebensmittelgeschäften erreichten sie im November »den Rekord eines 18prozentigen Zuwachses gegenüber dem Vorjahre, verglichen mit 1933 errechnet sich sogar ein Umsatzzuwachs von fast einem Drittel. Legt man den Lebenshaltungsindex zugrunde, so bliebe der Mengenumsatz nur wenig hinter der Steigerung des Geldumsatzes zurück.

Das stünde aber zur Wirklichkeit in einem so krassem Widerspruch, daß die Forschungsstelle gezwungen ist, die Richtigkeit des Lebenshaltungsindex und damit auch ihre Schlußfolgerungen aus ihren eigenen Ziffern zu bezweifeln. Sie weist darauf hin, daß »die vom Lebenshaltungsindex erfaßten Nahrungsgüter sich nur zu einem Teil mit den vom Einzelhandel vorwiegend umgesetzten Waren und Qualitätstypen decken. Mit anderen Worten: die Waren, deren Preise der Berechnung des Lebenshaltungsindex zugrunde liegen, werden nicht gekauft. Damit ist dem Lebenshaltungsindex das Vernichtungsurteil gesprochen.

Aber auch der Wert der Umsatzziffern selbst ist alles andere als zweifelsfrei. Die Forschungsstelle kann natürlich nicht die Umsätze der Umengungen von Lebensmittelgeschäften vom großen Filialbetrieb bis zum kleinsten Grünkramladen ermitteln. Sie muß sich auf Stichproben und dabei auf die großen Geschäfte beschränken, die es sich leisten können, eine geordnete Statistik durchzuführen. Daher vermerkt die »Frankfurter Zeitung« mit recht, daß die statistischen Erhebungen der Forschungsstelle

»vorwiegend einen Typ besserer Geschäfte erfaßt, bei denen die Nah-

tarife. Für 1934 betrug das Defizit 162 Millionen RM. und dürfte in diesem Jahre noch höher sein, wobei aber die für die angebliche Arbeitsbeschaffung gemachten Ausgaben nicht eingerechnet sind.

Jedenfalls werden jetzt die Tarife erhöht. Von dieser Erhöhung sollen die Massengüter, insbesondere die Lebensmittel, ausgenommen sein. Aber schon jetzt ist sicher, daß diese Tarifierhöhung unzureichend ist, und die »Frankfurter Zeitung« bezeichnet bereits eine neue Erhöhung auch der Massengütertarife als unabwendbare Notwendigkeit. Die Belastung trifft also zunächst nur einen Teil der gewerblichen Wirtschaft, aber diesen dafür um so stärker. Sie bedeutet wiederum eine Erhöhung der Produktionskosten und trifft in erster Linie den Handel, der, wie wir gesehen haben, durch die Verringerung der Handelsspannen ohnedies beeinträchtigt ist. Daß die Tarifierhöhung in einem Zeitpunkt erfolgt, wo die Diktatur alle Anstrengungen macht, das Preisniveau stabil zu halten, zeigt sehr deutlich, wie prekär die Lage der Reichsbahn geworden ist und wie die Spannungen, welche die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik schafft, immer größer werden.

Davon zeugt auch das Ansteigen der Arbeitslosenziffer. Im Dezember ist eine Zunahme der Arbeitslosen um 522.000 zu verzeichnen; danach hat sich im letzten Quartal die Zahl der Arbeitslosen um fast 800.000 vermehrt gegenüber einer Zunahme im letzten Quartal des Vorjahres um nur 300.000. Dabei braucht nicht erst ausgeführt zu werden, daß die wirkliche Zahl der Arbeitslosen die offiziell ausgewiesene Ziffer von 2,5 Millionen erheblich übersteigt.

Kein Wunder, daß die Unruhe und die Ratlosigkeit in den führenden Kreisen steigt. Denn nicht mehr einzelne Schichten, sondern die Gesamtheit aller Wirtschaftenden wird immer stärker von den Folgen der nationalsozialistischen Politik getroffen. Die Diktatur enthüllt sich als Feind der Klassen, als alle Lebenskräfte der Nation verzehrender Parasit.

Dr. Richard Kern.

rungsgüter gehobener Qualität überwiegen, die für den Massenkonsum weniger in Frage kommen und bei denen daher der Preisentwicklung geringere Schranken gezogen waren.

Das sind also offenbar auch die Geschäfte, die bei der Butter- und Fettverteilung am besten wegkommen. Es sind die besseren Geschäfte mit der »besseren« Kundschaft, die sich sogenannte Koppelgeschäfte leisten kann, d. h. die beim Butterkauf bevorzugt wird, weil sie andere Waren mit in Kauf nehmen kann, an denen das Lebensmittelgeschäft mehr verdient als an den Fetten mit vorgeschriebenen Höchstpreisen. Es sind Elitengeschäfte mit einer Elitekundschaft, die es sich gestatten kann und der es gestattet wird, auf Kosten der minderbemittelten Schichten zu hamstern, weil im Dritten Reich bekanntlich Gemeinnutz vor Eigennutz geht. Die »Frankfurter Zeitung« kommt zu dem Schluß, daß die Frage, ob tatsächlich der Gesamtumsatz an Lebensmitteln sich in der gleichen Weise entwickelt hat wie bei den von den Erhebungen der Forschungsstelle erfaßten Lebensmittelgeschäften »offen bleiben muß«. Die Statistik der Lebensmittelumsätze steht also an Wertlosigkeit dem Lebenshaltungsindex nicht viel nach. Sie haben das eine gemeinsam, daß sie die wirkliche Not der Massen nicht zum Ausdruck kommen lassen.

Die Statistik des Einzelhandels für Textilien ist nicht weniger irreführend als die für Lebensmittel. Im Oktober und November sollen die Einzelhandelsumsätze hier um 20 Prozent über dem Tiefstand von 1933 gelegen haben. Bei der Bekleidungsindustrie hat sich aber die angebliche Zunahme der Verkäufe garnicht ausgewirkt. Nach den Handelskammerberichten werden sogar Auftrags- und Umsatzrückgang gemeldet. Der Widerspruch zwischen tatsächlichem Rückgang da, angeblicher Zunahme dort würde sich in nichts auflösen, wenn man annimmt, daß in der Statistik des Einzelhandels die jüdischen Geschäfte nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt sind, die ihre Pforten schließen mußten und deren Kundschaft zu ihren arischen Konkurrenten abgewandert ist. Daß es sich so verhält, nimmt die »Frankfurter Zeitung« an. Also auch bei Textilien verbirgt sich hinter den von der Statistik gemeldeten Umsätzen der tatsächliche Rückgang des Verbrauchs.

G. A. Frey.

Rasse und Mensch

Wieviel Verlogenheit und Sumpf gehört dazu, um im heutigen Mischmasch-Europa Rassenfragen aufzuwerfen (gesetzt nämlich, daß man nicht seine Herkunft in Borneo und Horneo hat)!
Friedrich Nietzsche.

I.

Die Rassedogmen des Dritten Reiches basieren auf der Behauptung, daß die wesentlichen inneren und äußeren Anlagen des Menschen nicht von Erbanlagen und Milieu, sondern ausschließlich vom Blut der Ahnen, d. h. der vererbten artlichen Abstammung, bestimmt werden. Für braune Rassetheoretiker wie Günther, Claus und Leers steht fest, daß jede Rasse nur aus dieser Rasse ableitbar und nur für sie geltende geistig-seelische Züge besitzt, woraus sich für die Günthers eine Wesens- und Werteskala der Rassen ergibt, bei der die »jüdische« als minderwertige und die »germanische« als höchstwertigste figuriert.

Im letzten Jahrzehnt sind verschiedene wissenschaftliche Werke erschienen, die diesen Unsinn ad absurdum führten. Die ernste, nicht von politischen Zwecken beeinflusste Wissenschaft hat festgestellt, daß es die »ewigen Eigenschaften« des Blutes nicht gibt, daß Europa einen Völkermischmasch darstellt, in dem sich Volk und Rasse nirgends und in keinem Land mehr decken, daß bei wechselnden Lebensumständen sich auch der Rasseinhalt dauernd wandelt, daß es also weder eine Konstanz der Rassemerkmale, noch einen ewig vererbten Rassecharakter gibt. Für die weißen Völker gilt in jedem Falle seit langem das Ueberwiegen der allgemein menschlichen Züge über die sogenannten rassistischen Artunterschiede.

II.

In die Reihe dieser wertvollen Forscherarbeiten gehört ein Werk von Dr. Walter Berger, das jüngst im Gaur-Verlag (Wien) erschien: »Was ist Rasse?« Das Buch und seine Ergebnisse sind deshalb von besonderem Gewicht, weil Berger zwischen den streitenden Lagern der Rasse-Bejäger und -Verneiner steht, weil er versucht, germanische Rassedogmatiker wie Claus und Günther zu verstehen. Er leugnet den Einfluß des »Blutes« nicht, sondern sucht klarzustellen, »wie weit das Blut in den Bereich höherer, durch die Ueberlieferung festgelegter kultureller Ganzheiten hineinreicht« und wie weit es das Gepräge des heutigen Menschen bestimmt. Er schenkt sich Experimentelles und Anthropologisches und möchte vor allem den Zusammenhang von »Rasse und Seele« aus der politischen Umklammerung lösen. Auch er setzt im heutigen weißen Völker-

gemisch den noch sichtbaren, spürbaren Einschlag von sowohl indogermanischen wie vorderasiatischen Gruppen voraus und kommt sogar dem fachlichen Sprachgebrauch der »nordischen« Rassedogmatiker entgegen:

»Trotz weitgehender Vermischung und tausendfacher Uebergänge lassen sich aus einem Dutzend Europäer die Güntherschen Haupttypen: nordisch, ostisch, dinarisch, westisch, ostbaltisch, in den wichtigsten Zügen herauslösen und -lesen.«

Berger hält sich nicht bei der schwierigen Definition des Begriffs Rasse auf, er leugnet auch nicht, daß sich bestimmte Rassetypen schlecht zur gegenseitigen Vermischung eignen; er weist jedoch nach, wie schwer es ist, bei all den verschiedenen Herren zu bekämpfen, in ostischen Völkern aufzugehen und alle Herkunft zu vergessen.

III.

Noch dunkler als mit den Merkmalen ist's mit dem Rassegefühl bestellt. Es ist nicht da, es hat auch die germanischen Stämme nicht gehindert, sich zu zerfleischen, sich im Dienste rassefremder Herren zu bekämpfen, in ostischen Völkern aufzugehen und alle Herkunft zu vergessen:

»Aus all dem läßt sich nur ein Schluß ziehen: Wenn Menschen einer Rasse gegenüberstehen wie Feinde gegen Feinde, Fremde gegen Fremde, andere gegen andere, so tritt eben die gemeinsame leibliche und die in gewissem Maße auch gemeinsame seelische Art zurück hinter der Zugehörigkeit zu dem oder jenem Volke. Volk bindet kollektiv und schafft ein Gemeinschaftsgefühl. Rasse nicht; Rasse kennzeichnet biologische Varietäten im Tierreich und auch beim Homo sapiens, soweit er als Tierespezies betrachtet wird; erst das nur historisch-soziologisch-kulturell erfassbare Volkstum ist geistig bindend und gestaltet menschliche Gruppen.«

Dasselbe gilt von den »ewigen« jüdischen Rassemerkmalen; auch sie verschwinden, wie unzählige Untersuchungen beweisen, in den meisten Fällen hinter den typischen Merkmalen des Volkes, dem der jüdische Mensch angehört. »Jedenfalls würden die Beobachtungen, die man an einem jüdischen Waisenkind, das von Anfang in ganz anderer Umgebung aufgezogen würde, machen könnte, wertvoller sein als alle Abhandlungen über Rasseinstinkt.«

Die germanischen Blutdogmatiker haben dem »nordischen Typ« besondere schöpferische Fähigkeiten angegedichtet. Wo sie in den Genies südeuropäischer Völker auftauchen, wird die große Nummer einfach zum Repräsentanten nordischen Blutes erhoben. Objektive Untersuchungen haben ergeben, daß viele schöpferische Menschen ausgesprochene Mischtypen darstellen, mit einem stärkeren oder schwächeren nordischen Einschlag. »Jedenfalls scheint auch das Neu- und Einzigartige bedeutender Menschen (nicht nur der Völker) durch das Zusammenkommen mehrerer Arten begünstigt zu sein.«

Man kann für möglich halten — Beweise gibt es nicht — daß im einzelnen gewisse Uranlagen weiterwirken und die Art, wie sich diese Uranlagen zu dem von der Umwelt bedingten seelischen Inhalt verhalten, kann rassenmäßig gefärbt sein, aber dieser Inhalt nimmt im Individuum einen so breiten Raum ein, daß er für alle volklichen Mischtypen das Bindend-Gemeinsame wird.

IV.

Die braunen Rassephilosophen setzen im einzelnen eine zeitlose »Rassenseele« voraus und glauben an ein »unabänderliches Schicksal der Art«, wobei sie sich in geradezu naiver Weise widersprechen. Berger weist das an mehreren Beispielen nach. Für die Günther und Konsorten ist die »nordische Rasse« die kriegerische Rasse schlechthin, die sich auf den Schlachtfeldern aller Zeiten aufgerieben habe. Um die Gefahr ihrer Vernichtung zu bannen, propagiert er einen sozusagen nordischen Pazifismus, Schutzmaßnahmen für die nordische Rasse. Damit schmeißt er seinen Glauben an das Rasseschicksal und die »unabänderliche Art« über den Haufen. Gegen das Blut bietet der Norde plötzlich den verpönten Geist auf:

»Dieser innere Riß geht durch das ganze Gebäude der kultur-philosophischen Rassenlehre; denn zur schicksalhaften Tragik der Nordrasse gehört — immer von Günthers Gedankengang aus — in erster Linie die seit jeher währende Vermischung mit anderen Rassen, in die das nordische Blut vermischt... Er bedauert dies warnend, indem er zeigt, wie die Dinge jedesmal gegangen sind und geendet haben und wie betrüblich dieses Ende ist. Wichtig ist aber bloß die Erkenntnis, daß der vom Leben diktierte Gang der Dinge jedesmal ein solcher sein mußte; angesichts dieser Zwangsläufigkeit kann nur ein sozialbiologisch notwendiger Vorgang vorliegen.«

Diese sozialbiologischen Gesetze der Erhaltung der menschlichen Art fegen alle

Rassedogmatik über den Haufen. Die Natur hat, wie jeder Tierzüchter bezeugen kann, den Lebewesen keinen Trieb zur Reinerhaltung der Art gegeben. Es wäre interessant, statistisch festzustellen, wieviel Ehen in nordisch durchmischten Gegenden zwischen Hellen und Dunklen geschlossen werden:

»Denn auch in jedem Einzelmenschen steckt, wie in ganzen Völkern, eine lockende, aus dem Eros hervordringende Sucht, ins Andersgeartete einzutauchen und sich neu aus ihm emporzuheben, ein dunkler Hang zum Uebergang und, wenn es sein muß, zum Untergang. Tatsache ist, daß bei günstigen Verbindungen verschiedenartiger Eltern (z. B. bei nordisch-westischen oder nordisch-dinarischen Ehen) Menschen entstehen können, die die Vorzüge beider Typen erben, sie durch die Neuartigkeit ihres Wesens und geistige Schöpferkraft weit überragen.«

Die Natur und der »Rasseninstinkt« kümmern sich also nicht um die rassistischen Gesichtspunkte der braunen Züchter. Die biologische Entwicklung streift im Gegenteil immer wieder neue Mischformen an. Dazu wird in unserer Zeit das Menschheitsbild sehr rasch verändert durch Großstadt- und technisch-industrielles System, geschaffen von einem in allen Erdteilen gewachsenen systematisch-rationalen Denken. Es ist lächerlich, deswegen irgendeine Rasse zu bemühen. An diesem Punkte versucht Berger, die ideellen Beweggründe des »neu erwachten Rassekultes« psychologisch zu begreifen:

»Denn — neben allem anderen — liegt ihm der Hang zugrunde, gegen die Verflachung und Entartung des Menschen zur Schablone und zum Automaten, zur »Maschinenrasse«, den artfrohen und naturnahen Menschen und im Kampf gegen das volksmordende technisch-industrielle System an Stelle des rationalen Kollektivums das Kollektivum des Blutes zu setzen... und nimmt alle Konsequenzen dieser plötzlichen Verengung, Zurückschraubung mit Gefahr der Verwilderung mit in den Kauf. Sind aber moderne Wirtschaft und Germanenblut vereinbar?«

Mit dieser leichten Ironie schließen Bergers Untersuchungen, deren Wert vor allem darin besteht, daß hier ein Mittler im Rassenstreit gestehen muß, wie armselig, widerspruchsvoll und unwissenschaftlich die Denkweise der Blutphilosophen bleibt. Schade, daß dies Buch zu fachwissenschaftlich abgefaßt ist, als daß es eine Aufklärungsschrift für Laien sein könnte. Und wenn es dort abbricht, wo eine Antwort nicht minder dringend von Nöten ist, so wohl deshalb, weil der christlich gebundene Autor seinen Lesern nicht

Der Staat bin ich

Die Stadt Saarlouis — genannt nach Ludwig XIV. — ist umbenannt worden. Die Schilder »Hitlerstadt« waren schon vorbereitet. Da entschloß man sich, es bei »Saarlauterne« bewenden zu lassen.



politisch und vor allem nicht sozialistisch kommen möchte. Die Gefahren der Entseelung des Menschen durch die Maschine hat gerade der wirkliche Sozialismus immer betont und gerade das macht einen Teil seiner sittlichen Kraft aus. Aber er hat sich nie auf den Blödsinn eingelassen, Degeneration durch Rassenpolitik zu bekämpfen, sondern durch soziale Maßnahmen und entsprechende freiheitlich-sozialistische Neuordnung des gesamten Gemeinschaftswesens. Die braune Reglementierung von der Züchtung bis zum Grabe aber schafft einen reglementierten Menschen, der an Entseelung dem Individuum der »Maschinenrasse« nicht nachsteht.

V.

Denkt man Bergers objektive, gründliche, politisch tendenzfreie Gedankengänge und Beweisketten zu Ende, so ergeben sich folgende Hauptperspektiven: Weil die völkische Rassendogmatik über das »technisch-industrielle System« nicht hinauszuweichen vermag, appelliert sie an das »Rassengefühl«, an das dunkle »Kollektivum des Blutes.« Aber es gibt weder das eine noch das andere, es gibt in Europa nur das Kollektivum der Mischrasse, und das ist — milde gesagt — die falsche Rechnung der Rassedogmen und der eine Grund, warum sie an den Tatsachen der Entwicklung zerbrechen müssen.

Der andere Grund: Der Anbeter der Einzelrasse kennt nur eine relative Ethik; für ihn ist nur gut, gerecht, sittlich, was seiner nebelhaften Rasse dient. Verschrien sind Humanität und reine Menschlichkeit. Aus der Verbindung von verschiedenen Menschenarten aber entsteht mehr, Umfassenderes, entsteht die übervölkische absolute Ethik, religiös am stärksten ausgesprochen in den Forderungen des Christentums — ein Ergebnis des römischen Völkergemischs. Die absolute Ethik (später auch ausgedrückt in rationaler Denkweise, in den Forderungen der Aufklärungszeit, der Humanität, des Sozialismus) erhebt den Anspruch, für alle Menschen bindend zu sein. Auch diese Entwicklung ist biologisch im Wesen des homo sapiens verwurzelt.

Zu Ende gedacht, heißt auch dies: Die absolute Ethik und Menschlichkeit gehen mit der geschichtlichen Entwicklung, darum müssen sie siegen und darum wird der neu erwachte Rassekult eine lächerliche Episode bleiben. Da jedoch diese zurückgebliebenen Blut- und Rassedogmen zu den Hauptpfeilern der ganzen Hakenkreuz-Ideologie gehören, werden sie von den braunen Theoretikern mit blindwütigem Eifer verteidigt. Im Ganzen gesehen ist das alles nichts als eine blutig-groteske Verzweiflungsschlacht, die ein wildgewordener kleinbürgerlicher Nationalismus der immer dringlicher werdenden sozialistischen und alleuropäischen Menschheitsidee liefert.

Bruno Brandy.

Staatliche Verbrechenmoral

Einige Jahre vor Hitlers Machtergreifung deklamierte man in Kreisen der Hakenkreuzler gern die Strophe des völkischen Bardens Bogislav v. Seichow:

Ich bin geboren, deutsch zu fühlen,

Bin ganz auf deutsches Denken eingestellt:

Mein eignes Volk erst — dann die vielen,

Erst Deutschland — dann die andre ganze Welt!

Der unfreiwillige Humor, ein ständiger Begleiter nationalsozialistischer Lyrik, läßt im Hörer unwillkürlich das Couplet der Marlene Dietrich aufklingen: »Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt, — Das ist mein alles auf der Welt — und sonst gar nichts!« — Die Verwandtschaft ist nicht rein zufällig. Die Marlene verkörpert, wenn sie dies singt, die Ur-Dirne mit dem überentwickelten Sexus, der keiner anderen Regung, keinem wie auch sonst geartetem Streben neben sich Raum läßt, weshalb er nur zerstörend, nur asozial wirken kann.

Es liegt tieferer Sinn darin, wenn ein ebenso hypertropher, ebenso zerstörerischer Nationalismus sich mit fast den gleichen Worten empfiehlt wie der hemmungslöse Geschlechtstrieb einer Dirne.

Der deutsche Reichsjustizleiter hat für die Rechtsauffassung des Dritten Reiches den obersten Grundsatz aufgestellt: »Recht ist, was dem deutschen Volke nützt, Unrecht, was ihm schadet.« Der Satz hat eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem, was jedes primitive Verbrechergehirn unter Recht und Unrecht versteht. Für jeden Verbrecher ist nämlich Recht, was ihm nützt, Unrecht, was ihm schadet. Dadurch hauptsächlich unterscheidet der Verbrecher sich vom sozial tauglichen Individuum, das seinen Rechtsauffassungen die Umstände zugrunde legt, die allen das Dassel ermöglichen.

Ein Staat, der bei seinen Handlungen allein an sich und seine Existenz denkt, spielt in der Völkergemeinschaft genau die gleiche Rolle wie der Verbrecher in der Gesellschaft der einzelnen.

Für den echten, den unverbesserlichen Verbrecher sind alle Richter Schurken. Recht ist ja, was ihm nützt, Unrecht, was ihm schadet. Das Urteil schadet ihm, also ist es ein Verbrechen gegen die alleinige Majestät, die er nur anerkennt, gegen sein Ich. Nie beugt er sich innerlich dem Spruch, das tun nur zufällig Entgelte, Gelegenheitsverbrecher.

Die Haltung nationaler Diktaturstaaten gegen überparteiliche Urteilsprüche gleicht der Verbrecherhaltung aufs Haar. Italien wie Deutschland sind einstimmig oder fast einstimmig vom Areopag des Völkerbundes schwerster Rechtsbrüche für schuldig erklärt worden. Hat es irgend welchen Eindruck auf die Regierungen gemacht? »Wir sind trotzdem im Recht«, ist die Antwort, die ihre höfliche Presse erteilt. Man ist selber die einzig unparteiliche und unappellable Instanz über die eigenen Handlungen!

Die Kriminalistik lehrt, als den Kern der

Verbrecherpsychologie maßlos übersteigerte Ichsucht zu erkennen. Der kleinste eigene Vorteil ist dem Verbrecher wichtiger als der furchtbarste Schaden, den er anrichtet. Es kommt dem Verbrecher nicht darauf an, wieviel andere sein Treiben unglücklich macht. In einer Stadt Brabants steckt ein siebzehnjähriger Bursche das elterliche Anwesen in Brand, läßt seine Familie in den Flammen unkommen, weil der Vater ihm kein Motorrad kaufen wollte. Sein Vergnügen steht über dem Leben aller übrigen, ein Abwägen der Interessen hüben und drüben kennt der Verbrecher nicht.

Als die Welt sich wegen der italienischen Bombenabwürfe auf das Lager des schwedischen Roten Kreuzes setzte, schrieb ein Blatt Mussolinis, der »Tevere«:

»Ein Zeit voller Schweden oder Engländer oder Völkerbundesbeamter und sogar ein ganzes Zeitlager des Roten Kreuzes oder noch besser die ganze Verbrecherbande der etwa 50 Sanktionsstaaten wiegen nicht einmal ein Haar vom abgeschnittenen Haupt eines italienischen Soldaten auf. Das wissen die Piloten unserer Bombenflugzeuge und sie handeln danach!«

Das ist die typische Denkart und Logik des Verbrechertums. — Fünfzig Regierungen sind Verbrecherbanden, damit eine wirkliche Verbrecherregierung weiß dastehe. »Ein Haar von mir ist mehr wert, als Euer aller Leben!« Eine geradezu klassische Selbstcharakteristik der nicht mehr zu überbietenden, asozialen Ichsucht. Jedes

Einzelindividuum, das nach diesem Grundsatz handelt, würde vom gleichen Staat ohne Gnade vertilgt, ausgerottet oder unschädlich gemacht werden. Er selbst aber ist stolz, rechnet es sich zur Ehre an, nach den Prinzipien des niedersten Verbrechertums zu handeln!

Wie liegt das Problem für den Kriminalisten. Das Rechtsgedächtnis eines Volkes kann nicht erhalten werden ohne Vorbild, und das höchste Vorbild muß der Staat selber geben. Der nationalistische Diktaturstaat aber predigt seinen Untertanen: »Alles, was bei Euch, den einzelnen schwersten Verbrechen ist, wandelt sich in Tugend, sobald ich, der Staat selber es verübe. Der schrankenlose Egoismus, die Grundlage allen Verbrechens, ist mein Lebenselement. Jedem Versuch, eine überstaatliche Rechtsordnung zu schaffen, widersetze ich mich in dem Augenblick, wo diese Rechtsordnung mich selber an Unrecht und Gewalt hindert.«

Die Frage entsteht: Muß dies staatliche Vorbild nicht auf die private Moral verderblich einwirken? Wird der einzelne es nicht als sein gutes Recht ansehen, nach den gleichen Grundsätzen zu handeln? Nach einem nationalökonomischen Gesetz verdrängt bei einem Nebeneinander zweier Währungen das schlechte Geld das gute. Nach einem psychischen Gesetz verdrängt beim Bestehen einer doppelten Moral ebenfalls die schlechte Moral mit der Zeit die gute. Justinian.

Der Tausendmarkschein-Winter

Wieder ein Retter weniger.

»Auf Grund der Verordnung vom 4. Februar 1933 wurde für den Bereich des Landes Sachsen sämtliche Druckschriften des Betriebsanwaltes Gustav Adolf Winter beschlagnahmt und eingezogen. Winter war, wie erinnerlich, in früheren Jahren öffentlich für die Aufwertung alter Tausendmarkscheine eingetreten und hatte sogar bei einer Reichspräsidentenwahl mit dieser Parole erfolglos kandidiert.«

(»Frankfurter Zeitung« vom 8. I. 1936.)

Was die Frankfurterin leider nicht zum Fall Winter bemerkt, obschon es doch wohl angesichts eines klaren historischen Sachverhaltes das Bemerkenswerteste an ihm überhaupt wäre, ist dies: daß der »Betriebsanwalt« Gustav Adolf Winter der geistige Zwillingsbruder jenes seines deutschen Zeitgenossen, des »Führers«, ist, dessen Büttel jetzt seinem Ruhm ein Ende machen, und daß dieser »Betriebsanwalt« genau demselben massenpsychologischen Sachverhalt eine jetzt wohl verflüssene Bedeutung verdankt, die dem braunen Betriebsanwalt, dem hohen jetzigen Gönner der »Frankfurter Zeitung«, bis auf weiteres immer noch anhängt. Man kann den einen Betriebsanwalt — und wie viel schöne Ironie kann nicht in so einem selbstverliebten Titel liegen! — nicht verstehen, ohne

den anderen! Sie beide gebar die gleiche Verzweiflung und die gleiche Demoralisierung eines Volkes mitten im Herzen Europas, die mit Ludendorff und Hugo Stinnes angefangen in der Kriegs- und Nachkriegsperiode Deutschlands die »Retter« förmlich am laufenden Band erzeugte. Relativ unwichtig bleibt gegenüber dieser allein wesentlichen Feststellung die andere, wie solche Ausgeburten einer Psychose und moralischen Endemie im einzelnen, auf kürzere oder längere Sicht, reuisierten...

Jener Gustav Winter (den Adolf hat er in seinem Namen erst darzwischen geschoben, seitdem der Fivale aus Braunschweig über ist) hat als Reporter für Kriminalchronik bei einer Leipziger Tageszeitung begonnen. Er wurde Kino-Kassierer, Direktor einer Schmierbühne, deren Mitglieder Frau und Kind mitstellten, schließlich Filmfabrikant auf Kredit. Als er einmal etwas von dem Amerikaner Taylor und vom »Taylorisieren« gehört hatte, schrieb er flugs ein Buch, wie man die ganze Wirtschaft umzukrempeln habe, um endlich vernünftig zu arbeiten; er ernannte sich felerlich selbst daraufhin zum »Betriebsanwalt« und bei der Heiligkeit, die gerade dem sächsischen Spießbürger eignet, wenn die Geschäfte schlecht gehen, fand er auch wohl hin und wieder einen Fabrikanten, dem er seine Betriebs-Taylor-Gutachten anhängte, obschon er von der technischen Sache weniger als

Teutscher Karneval

Zu einem Maskenfest der SS

Jetzt holen sie wieder den deutschen Hamur aus vermoderten Kisten und Kästen, jetzt reisen sie wieder auf Karnevalstour und geben der staunenden Mitkreatur ihre g'mütlichsten Jodler zum besten. Sa ma lustig!

Die von der SS sind so harmlos und froh, und sie schwenken die Pritschen wie Knüttel.

fast klingt es, als prügeln sie mit Hallo, mit Jubel und Trubel und heia hobo einen wehrlosen Menschen zum Krüppel. Sa ma lustig!

Sie schuhplatteln, daß es wie Schnellfeuer knallt

und saufen all z'amm wie die Trichter.

Und ist das Getriebe des Festes verhallt, dann machen sie wieder 'nen Saajuden kalt, denn sie sind ein fiddhles Gelichter. Sa ma lustig!

Schlamm sind sie im Pathos und arg in der Wut,

doch wenn sie im Maskentanz trotten, dann ist es, als ob eine Halbaffenbrut sich gröhnd vereinte, um trunken von Blut die Menschheit und Gott zu verspotten. Sa ma lustig!

Hugin.

Der Gastfreund

Ein geflüstertes Feuilleton.

Die »gesprochene Zeitung«, bekanntlich die weitaus gelesenste des Reiches, hat nicht nur ein politisches Hauptblatt, nicht nur für jeden Landstrich ihre besondere Rubrik, nicht nur für jeden Ort ihren ausführlichen Lokaltell, nicht nur ihre satirische Flüsterrocke — sie hat auch ein Feuilleton, an dessen Ausschmückung jeder »Ohrenleser«, der gleichzeitig als Redakteur und Kolporteur fungiert, beteiligt ist. Eine Kurzgeschichte aus diesem Feuilleton wurde uns erzählt. Wir geben sie möglichst wortgetreu wieder:

Ein hoher nationalsozialistischer Funktionär reist nach England, um dort einen Geschäftsfreund aus früheren Zeiten aufzusuchen und ihn womöglich anzuborgen. Er kündigt sein Kommen vorher an, übt in der Schiffskabine den guten Ton der internationalen Höflichkeit, den er seit 1933 gründlich verlernt hat, steckt auf der Landungsbrücke sein Abscheiben in die Tasche, wundert sich, daß er nicht wie sonst am Kai erwartet wird, und begibt sich stehenden Fußes zum Haus des englischen Gastfreundes.

Er schellt. Einmal. Zweimal. Dreimal. Ist das Haus verlassen? Nein, im Erdgeschoß brennt Licht. Nach zehn Minuten endlich kommt wütend ein baumlanger Diener ans Tor gestürzt und schreit den Wartenden an: »Lärmen Sie hier nicht so mit der Klingel, Sie — Gast Sie!« Grobe Fäuste packen den erschrockenen Besucher, er fliegt unsanft in die Vorhalle. Der Mantel wird ihm vom Leibe gerissen, und während er durch die Tür des Speisezimmers wankt, fällt ihm von oben

ein kompakter Gegenstand auf den Kopf. Dazu ertönt im Hintergrunde prustendes Gelächter.

Der englische Gastfreund sitzt am gedeckten Tisch, lächelt vor sich hin und wippt ab und zu mit einem Gummiknüttel. Hastig trampelt unser Reisender — er läuft wie in Stulpenstiefeln, auch wenn er Wildlederschuhe trägt — auf ihn zu und beschwert sich in bitteren Worten über die Behandlung. Der Hausherr lauscht, zeigt keinerlei Entrüstung, sitzt wie ein Oelgötze in seinem Sessel und knurrt schließlich ein: »Bedauere, Uebergriffe untergeordneter Instanzen!« zwischen Zähnen und Shagpipe hervor. Das ist die ganze Begrüßung. Irgendjemand drückt den aufgeregten und kreberoten Besucher von hinterrücks auf einen unbequemen Stuhl. Speisen werden aufgetragen. Sobald aber der Gast den Löffel in die Suppe oder die Gabel in den Braten senken will, verschwindet der Teller wie von Geisterhand emporgetragen. Ein kleiner Hund kreist um die Stuhlbeine und zwickt den Deutschen bald hier, bald da durch den Anzug. Gleichzeitig ist es ihm, als mache sich jemand an seiner Tasche zu schaffen und erleichtere sie um alle Gegenstände von Geldwert. Sobald er sich indes herumdreht, sieht er nichts als leere Luft.

»Jetzt hab ich's!« schließt es ihm durch den Kopf. »Eine Privatirrenanstalt! Ich bin unter die Verrückten gefallen.« Vorsichtig, um nicht den Zorn des offenbar wahnsinnigen Gastgebers auf sich zu laden, drückt er sich zur Tür hinaus und gelangt unbehelligt bis zum Badezimmer. Dort verdeckt ein großes Schild den Eingang: »Gäste haben keinen Zutritt.« Da packt ihn der kalte Graus. Eilends

rafft er seinen Koffer auf und versucht zu fliehen. Der baumlange Diener verstellt ihm den Weg. »Der Koffer bleibt hier!« befiehlt er kurz. »Sie können auch hierbleiben, wenn es Ihnen bei uns gefällt« und versetzt ihm einen freundlichen Schlag auf die Schulter. Der Betroffene knickt jammernd in die Knie, reißt sich mühsam wieder empor und versucht das letzte. Mit Verrückten, so hat ihm mal ein Irrenarzt gesagt, muß man energisch umgehen. Also rennt er zum Hausherrn, um ihm einen furchtbaren Krach zu machen. Der sitzt noch immer steif am Tisch, läßt seinen Gummiknüttel pfeifen und lächelt belustigt. Den Zornausbruch seines Gastes unterbricht er mit einem lebenswürdigen: »Setzen Sie sich, verehrter Freund!« Dann hebt er langsam und überlegt und garniert wie ein Verrückter zu sprechen an:

»Sehen Sie, wir sind ein gastfreundliches Volk, nicht wahr? Viele Ausländer besuchen uns, Eingeborene aus den Kolonien, Türken, Perser und Chinesen. Wir empfangen jeden gern so, wie er die Gäste in seinem eigenen Land zu empfangen pflegt und wie er es deshalb wohl gewöhnt ist. Dem Türken öffnen wir das beste Gemach, dem Chinesen begrüßen wir mit vieler Höflichkeit, dem Farbigen legen wir die besten Bissen auf den Teller, und dem Deutschen...« Hier zieht er ein deutsches Zeitungsblatt aus der Tasche und liest mit nachdrücklicher Betonung: »Die Juden sind Gäste in Deutschland, rief Doktor Göbbels in den Saal, und nach diesen Worten ertönte stürmischer Beifall.« Der Engländer steckt das Blatt wieder ein und sieht seinen deutschen Gast eine Weile stumm in die Augen. — Der kriegt seinen Koffer

Antisemitismus und Nationalsozialismus

Hitlers Vernichtungsfeldzug gegen die Juden

einen Dunst verstand. Zwischendurch entdeckte Gustav eine bessere Weltentstehungstheorie, als sie leider Kant-Laplace uns hinterlassen haben und schrieb auch darüber einen dicken Wälzer, den er — weiß es Gott! — in der Tat bei einem armen Verleger loswurde. Und ferner behauptete er in leidenschaftlichen Schriften — wer sie druckte, mag der liebe Gott wissen — daß erst dann Deutschland einer gigantischen Zukunft entgegenliefe, wenn es endlich dazu übergehen wollte, seinen »Erdmagnetismus« für den Anbau der Soja-Bohne auszubenten. Sein eigentliches Glück aber, nämlich den Erwerb eines Rittergutes mit Herrnsitz und riesigem Park in Thüringen benebt sehr abgerundetem Barvermögen, machte Gustav erst, als er zur Ueberzeugung sich durchgerungen hatte, daß die deutsche Reichsbank eigentlich mindestens die »rotgestempelte« Tausendmarkcheine aufwerten »müsse«. So bestand seine neue flippig fließende Erwerbsquelle eigentlich darin, die Reichsbank permanent zu verklagen — durch eigene Prozeßanträge oder indem er Schacht oder einzelne Filialdirektoren maßlos persönlich beleidigte und so Beleidigungsprozesse erzwang, die wieder Gelegenheit zu Widerklagen gaben. Das geschah nämlich im Namen eines Vereins, indem er selbst Präsident, Schriftführer, Kassierer und Rechtsanwalt alles in einer Person war, der ferner bald aus vielen hunderttausenden emsig zahlender Mitglieder in ganz Deutschland bestand und der um so fester auch finanziell (zugunsten des Winterschen Portemonnaies) zusammenhielt, als natürlich nur der — nach Winter — aufgewertet wurde, der nach selbstverständlichem Rechtstreit die Mitgliedskarte vorweisen konnte, also als Gerichtskläger förmlich vertreten gewesen war. Ein wahrhafter Volksbeglückter, der einen Strahl Wärme und Hoffnung in jede Hütte trug, wo in der Bettmatratze irgendwo gehämmerte Rotgestempelte schlummerten, zog Winter jahrelang von Massenversammlung zu Massenversammlung durch die deutschen Lande. Das war nicht anders, nicht weniger hysterisch und nicht weniger ekstatisch, als das, wie genau gleichzeitig Adolf Hitler öffentlich wurde! Was dem Winter der rotgestempelte Tausendmarkschein und die magnetische Soja-Bohne war, war dem Hitler sein Rettungsprogramm in der Münchener Schublade. Wie natürlich und unkompliziert, daß beide Namen schließlich auch gleichzeitig auf ein- und derselben Reichspräsidentenschaftskandidatenliste prangten. So viel Stimmen, als eine mittlere deutsche Großstadt Einwohner hat, bekam auch Gustav. Endeffekt zuletzt: Hitler hatte Glück — Winter dagegen, wie man sieht, schließlich Pech. Der psychopathologische Zusammenhang bleibt davon unbetroffen! H. E.

Nur ein Faschingsulk. »Kraft durch Freude« veranstaltet in München einen Faschingsball mit dem Motto: »Wir kurbeln an«. — Und um zwölf Uhr bei der Demaskierung wird es sich herausstellen, daß die ganze neudeutsche »Ankurbele« teils von Betrunknen, teils von Gaunern inzeniert wurde.

Nach dem letzten Nürnberger Parteitag der NSDAP und nach der Herausgabe der Nürnberger Diffamierungsgesetze sind auch die letzten Illusionen geschwunden, die hie und da noch über den Charakter der Hitlerischen Judenpolitik gehbt wurden. Das Ziel ist eindeutig vor aller Welt proklamiert worden: Es geht um die Ausrottung der noch in Deutschland verbliebenen halben Million deutscher Juden, um ihre politische und moralische Aechtung und wirtschaftliche Vernichtung, es geht um die Schaffung eines neuen Ghetto und gleichzeitig um die systematische Verwendung der deutschen Judenschaft als Ablenkungsmittel im Inneren und als Mittel der Erpressung gegenüber dem Ausland.

Man ist mitunter geneigt, den permanenten Judenpogrom Hitlers als einen weniger wichtigen Bestandteil seiner gesamten Politik zu betrachten, der gegenüber den allgemeinen Scheußlichkeiten und der Barbarei seines Regimes in den Hintergrund trete. Dieser Standpunkt ist politisch kurzsichtig. Mit Recht schreibt Lion Feuchtwanger in seinem Vorwort zu dem soeben in der Editions du Carrefour, Paris, erschienenen Werk »Der gelbe Fleck«, das der Judenpolitik Hitlers gewidmet ist:

»Sicher geschehen in diesem Deutschland noch scheußlichere Dinge, als die Judenverfolgungen, von denen dieses Buch berichtet, Dinge, welche die Zivilisation der Welt gefährlicher bedrohen, als die systematische Vernichtung einer halben Million hochzivilisierter Europäer. Aber die Narrheit und Lumperei des Systems verbirgt sich in jenen anderen Ereignissen tiefer unter der Oberfläche: hier, in dem großen, fortgesetzten, behördlich organisierten und geförderten Pogrom, liegt sie klar zutage, der ganzen Welt sichtbar. Denn dieser Pogrom wird ja nicht nur aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Motiven unternommen: zum größten Teil geschehen die bestialischen Dinge, die er mit sich bringt, aus tiefer Feindschaft gegen die Vernunft, aus schierem Wahn, aus reiner Freude an der Brutalität, an der Beschädigung der Menschenwürde, an der Erniedrigung des andern, aus Nächstenhaß.«

Es ist die Methode des kalt überlegten, zynischen Meuchelmordes an einer wehrlosen Minderheit. Es ist die Methode der Maskierung der eigentlichen Ziele der nationalsozialistischen Politik, die auf die Stabilisierung des Kapitalismus und auf die Vorherrschaft der arisch-germanischen Herrenkaste gerichtet ist, durch angebliche nationale und rassische »Befreiungsziele«. Es ist die Methode der Weckung der schlimmsten Instinkte in den Volksmassen, der Verewigung der abscheulichsten Vorurteile und der Aufpeitschung jener Triebe und Leidenschaften, die die Massen zu willfährigen Werkzeugen von Demagogen und Betrügnern gemacht und das heutige Deutschland in das tiefste Mittelalter zurückgeworfen haben.

Man fragt oft nach den Ursachen, die es Hitler und der von ihm geführten national-

sozialistischen Bewegung möglich gemacht haben, den Antisemitismus als eine der wirksamsten Waffen bei dem Eroberungsfeldzug gegen die demokratische Republik zu verwenden. Einen sehr beachtenswerten Beitrag zur Beantwortung dieser Frage liefert der Vorkämpfer der paneuropäischen Bewegung, R. N. Coudenhove-Kalergi in seiner Abhandlung »Judenhaß von heute«, die zusammen mit der Neuauflage des bekannten Werkes seines Vaters, Graf H. Coudenhove-Kalergi, »Das Wesen des Antisemitismus« im Paneuropa-Verlag, Wien, erschienen ist. Coudenhove führt die neue antisemitische Welle in Deutschland und in einigen anderen Ländern vor allem auf den Weltkrieg, den Bürgerkrieg in Rußland, die Umschichtung der Bevölkerung in Ost- und Südosteuropa, gleichzeitig aber auch auf die Erstarkung des wirtschaftlichen Nationalismus, auf den Niedergang des Liberalismus und das Aufkommen des Faschismus in Mitteleuropa zurück. Es zeigte sich die paradoxe Erscheinung, daß »der Antisemitismus gleichzeitig als Waffe gegen den Kapitalismus verwendet wurde und gegen den Kommunismus.« Dieses Resultat, sagt Coudenhove, widerspricht aller politischen Logik.

»Aber hier kam es nicht auf Logik an, sondern auf Politik... Im Antisemitismus stand eine Waffe bereit, die sich jederzeit zu allem verwenden ließ. Denn die Grundstimmung der Massen war, als verschüttetes Erbe christlicher Jugenderziehung, antisemitisch. Wer an dieses tief eingewurzelte Vorurteil appellierte, war sicher, es in Verbindung mit dem latenten Neid als unerreichbaren politischen Sprengstoff verwenden zu können.«

Zu dem in den Massen wurzelnden Vorurteilen, die überall die Quelle des Judenhasse bilden, kamen in der Nachkriegszeit neue hinzu, die vom kriegerischen Rassenantisemitismus in die Welt gesetzt wurden. Dieser Rassenantisemitismus führte alle schlimmen Folgen des Weltkrieges auf die Juden zurück. Er machte sie verantwortlich für Wirtschaftchaos und Inflation, für Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, für Krieg und Niederlage, für kapitalistische Ausbeutung wie für Auflehnung gegen den Kapitalismus. Namentlich im geschlagenen Deutschland machte die aufkommende nationalsozialistische Bewegung den Juden zum Sündenbock für alle Mißstände der Nachkriegszeit und schuf aus ihm in ihrer Rassenlehre einen »Ersatznegere«, gegen den der Haß der aufgepeitschten nationalistischen Massen gelenkt wurde.

»So wurden die Juden für eine eigene Menschenrasse erklärt und gegen sie der Rassenkampf gepredigt. So wurde aus dem einrassigen Deutschland künstlich ein zweirassiger Staat gemacht: mit den Ariern als der herrschenden, den Juden als der Paria-Rasse. Nur auf diese Weise konnte die Rassenlehre für die Deutschen praktische Bedeutung und politische Macht erlangen.« Auch Coudenhove ist der Ansicht, daß der

Rassenantisemitismus das Kernstück nationalsozialistischer Weltanschauung ist. Dieser Antisemitismus ist eng verbunden mit der gesamten expansiven Außenpolitik des Nationalsozialismus, mit seinem Herrschaftsanspruch und seiner Aufspaltung aller nationalstaatlichen Instinkte und rassischen Gegensätze. Ihm ist es zuzuschreiben, daß der Verleumdungsfeldzug gegen die Juden, mit Hilfe der berühmten »Protokolle der Weisen von Zion«, die gleichzeitig Plagiat und Fälschung sind, von Deutschland aus über die ganze Welt ausgeht und zu einem wichtigen Faktor der deutschen Außenpolitik gemacht wurde.

Aber diese enge Verbundenheit des Nationalsozialismus mit dem Weltantisemitismus hat, nach der Auffassung Coudenhoves, Hitlerdeutschland mehr geschadet als genutzt:

»Im Kampfe zwischen dem Dritten Reich und dem Judentum steht die überwältigende Mehrheit der Weltmeinung auf seiten des Judentums: nicht aus Sympathie für die Juden — sondern als Protest gegen den Antisemitismus Deutschlands... Die Explosion des Antisemitismus im Dritten Reich hat der Welt die Augen geöffnet, wie sehr die Judenfrage verwickelt ist mit der Gesamtfrage des menschlichen Fortschritts und der abendländischen Kultur.«

Man mag die Erwartungen, die Coudenhove in dieser Beziehung an die »Weltmeinung« knüpft, für allzu optimistisch halten. Eines aber ist richtig: Es geht bei dem Kampf gegen den Hitlerschen Rassenantisemitismus um weit mehr als um das Schicksal der in Deutschland verfolgten Juden. Es geht hierbei um den Kampf gegen den Nationalsozialismus schlechthin, dessen Kernstück der Antisemitismus bildet. Es geht um den Kampf gegen ein Gewaltssystem, das die Juden und die Sozialisten auf dem gleichen Scheiterhaufen verbrennt, weil es in beiden die Verkörperung der Freiheit und des Fortschrittes sieht. Es geht um den Kampf gegen eine Weltgefahr, die mit bewußter Absicht die angeblichen »Weltverschwörungspläne« des Judentums und des »jüdischen Bolschewismus« in den Vordergrund rückt, um die Verschwörung des Nationalsozialismus gegen den Frieden und die Freiheit der Welt zu maskieren und zu verhüllen.

Große Teile des deutschen Volkes, die dem offiziell gepredigten antisemitischen Kurs Hitlers und Streichers wo immer möglich Widerstand entgegensetzten, haben diesen Zusammenhang zwischen nationalsozialistischer Weltgefahr und antisemitischer Politik erkannt. Es gilt, diesen Kampf des »anderen Deutschlands« zu unterstützen, indem man überall, wo Reste erblicher Vorurteile die Hitlerpropaganda ermöglichen, die nötige Aufklärung schafft und den Kampf gegen den Antisemitismus mit einbezieht in den Kampf um die Befreiung des deutschen Volkes. A. S.

endlich doch noch zu packen und fährt aus dem Haus wie der Teufel. Aber wer nun eigentlich wahnhaftig ist, ob wirklich der englische Gastfreund oder gar er selbst, soll ihm bis heute noch nicht klar geworden sein.

Narren auf Kommando

Im Karneval hat es voriges Jahr für die braunen Herrscher einige unangenehme Ueberwachungen gegeben. Im allgemeinen Maskentrubel hagelte es Witze über den totalen Staat, kam die Volkstimmung besser ans Tageslicht als bei den kommandierten Kundgebungen und frisierten Abstimmungen der ganzen vorangegangenen Hitlerzeit. Sogar eine Karnevalszeitung — die Münchner »Blauen Nachrichten« — wagte es, manch kräftig Wörtlein unters Volk zu streuen, und wo immer kostümtragende Bürger beieinander waren, ging es denkbar ungleichgeschaltet zu. Sobald der Rummel vorüber war, gab es einen heftigen Krach, der bis in die Presse hinein brandete. Die alten Karnevalsgesellschaften sollten aufgelöst, die Narrenfreiheit sollte »streng zentralisiert« und in das übliche braune Parteikonzept gezwängt werden. Das schien zunächst schief zu gehen. Die Präsidenten aller Gesellschaften protestierten heftig und in aller Öffentlichkeit, denn der deutsche Spießler läßt sich jede Freiheit willig nehmen — sofern er aber in Köln oder München lebt, ist ihm die Narrenfreiheit teurer als das allgemeine Wahlrecht. Die Nationalsozialisten versuchten's diesmal mit Schläuheit, denn Terror in Karnevalsfragen hätte wohl doch zuviel Aufsehen erregt. Sie wählten also die alten Karnevalisten der verschiedenen Orte in zentral Ausschüsse, die

im übrigen von oben bis unten braun aussahen. Damit stopften sie den wackeren Kämpfern, die sich auch noch geehrt fühlten, die aufgerissenen Mäuler — und nun kann der Karneval 1936 ohne Protest gleichgeschaltet werden.

Wie er etwa aussehen wird, der totale Karneval, das geht aus einer Ankündigung der »Kölnischen Volkszeitung« hervor. Der Festzug ist jetzt schon streng geordnet, die mitfahrenden Wagen sind jetzt schon zensiert, nummeriert und registriert. Wehe dem Karnevalsnarren, der etwa versuchen wollte, aus der wohl ausgerichteten Reihe zu tanzen! Ein Teil des Zuges, so wird dem erstaunten Leser weisgemacht, »steht im Dienst der politischen Satire«. Da wird doch nicht etwa...? Nein, da wird gar nicht. Die »Satire« benimmt sich nämlich höchst gesittet, ja unterwürfig, wenn es sich ums Dritte Reich handelt. Gegen das gesamte Ausland dagegen — mit Ausnahme von Polen und Japan — darf losgewettert werden, wie's den Masken just beliebt. Wir greifen ein paar geplante Wagen heraus und zitieren dabei wörtlich die »Kölnische Volkszeitung«:

Ein Wagen, in dessen Mittelpunkt der neue Zeppelin steht, gilt der Glorifizierung von Wissenschaft und Technik. Der zweite Prunkwagen besteht aus einem Ratschiff der Hansastadt Köln. In ihm werden die beiden Typen Bauer und Jungfrau Platz nehmen.

Feine politische Satire verrät ein Wagen, der auf den italienisch-abessinischen Krieg hindeutet. In der Mitte der Gruppe steht die überragende Gestalt eines Engländer, der mit den Kriegführenden verhandelt, auf seinem Rücken aber eine Peitsche verbirgt.

Die Hilflosigkeit und Erfolglosigkeit der

Völkerbundkonferenz in Genf wird durch einen Wagen »He stühete nix, ne markete nix« glosiert.

Das kann gut werden! Wir fürchten nur, daß die Diszipliniertheit der fahrenden Narren durchaus nicht aufs Fußvolk übergreifen wird. Wenn die Gestapo sich die Mühe nehmen will — wahrscheinlich tut sie es — ein paar maskierte Spitzel unter dieses Volk zu schicken, wird sie ihr blaues Wunder erleben. Im übrigen dürfte niemand darüber staunen, daß auch der Karnevalszug in den Dienst der Kriegshetze gestellt wird. Denn noch die Narrensprüche der braunen Schlächter triefen von Menschenblut, und die »Fröhlichkeit« im Dritten Reich ist gespenstischer Hohn, ist eine viel drastischere politische Satire als der braunste Karnevalsausschuß sich träumen läßt.

Verbotener Humor

So mußte es kommen. Er war längst reif für den Scheiterhaufen. Nicht nur, weil er Jude, sondern vor allem weil er ein Mensch ist, noch dazu ein geistiger. Er will ja nicht nur ein Vertreter übernationalen tragikomischen Humors sein, sondern auch jenes Geistes, der für die Wehrlosen plädiert, für die unpathetische Tapferkeit wirbt und die Gewalt lächerlich macht. Wo er mit seinem Hütchen neben dem Bobby auftaucht, erscheint immer der riesenhafte Vertreter der Staatsmacht komisch. Wo er mit sechs Unzen in den Boxring tritt, verliert der andere, der fünfjährige Muskeljoch, seine Glorie. Wo er mit den Mächten dieser Erde zusammenstößt, sind die Sympathien

auf seiner Seite, dem physisch Schwächeren, aber geistig und moralisch Ueberlegenem. Die Armen lieben ihn, sie lachen und weinen mit ihm, denn er ist der kleine Held der armen Leute.

Durch seine bescheidene, immer besorgte Menschlichkeit wird die Hohlheit, innere Leerheit und Begrenztheit aller Gewalt enthüllt, und wenn er ängstlich vor ihr flüchtet, gibt er nie seine innerste Ueberzeugung preis. Mit seinen Muskeln stehts so, aber käuflich ist er nie und nirgends. Brutalität wird in seiner Nähe dümmere und verächtlicher denn je — wie soll ein Osaaf das auf die Dauer ertragen!

Wollte man diesen Zivilisten heroische Phrasen reden lassen, läge das Auditorium vor Lachen auf den Rücken, so komisch erschiene heroisches Gerede. Denkt man sich einen Diktator mit ihm, so bliebe vom Diktator und seinem Anhang nicht viel mehr übrig, als von den Leuten in Andersens Märchen von des Königs neuen Kleidern, nämlich die nackte Dummheit.

Nein, jenes Verbot aller Charlie Chaplin-Filme, das jüngst für Deutschland erlassen wurde, mußte kommen. Dieser unsoldatische Zivilist mit seinem unpathetischen, schüchternen moralischen Mut entgöttert jede Heldenpose und jegliche Gewaltmeierei. Die ganze Welt darf er lachen machen, nur die Deutschen nicht, denn dieser humorige Vertreter wehrlosen Menschentums bedroht das tausendjährige Reich. Auch deswegen, weil sich an seinen Filmen zeigt, wie schlecht, humorlos und langweilig die Hitlerdeutschen sind. Br.

Braune Ehrengerichtbarkeit

Milde Urteile. „Berechtigte Erregung“ bei Sittlichkeitsvergehen

Die Gerichte im Dritten Reich, an ihrer Spitze das »Volkgericht«, häufen täglich gegen Menschen mit Gesinnung Zuchthausurteile von unübertrefflicher Schärfe. Im neuen Strafrecht werden gegenüber den Betriebsarbeitern, die zu »Kampfmassnahmen« aufreizen, die schwersten Strafen angekündigt. Ganz im Gegensatz zu der jedes Recht beugenden Justiz gegen die Arbeiter erweisen die Entscheidungen des Reichs-ehrengerichtshofes, über die in der »Sozialen Praxis« zusammenfassend berichtet wird, eine auffallende Milde. Es kennzeichnet die hemmungslose Klassenjustiz innerhalb der Nazidiktatur, daß die faschistische Ehrengerichtbarkeit, durch die unsozialen Handlungen der Unternehmer geahndet werden sollten, nichts von der sonst üblichen Härte des Hitler-Regimes verspüren lassen. In dem Bericht wird schon einleitend bemerkt, daß es nicht Aufgabe der sozialen Ehrengerichtbarkeit sein kann, strafwürdige Verfehlungen und vertragswürdige Handlungen zu sühnen.

»Aufgabe dieser Ehrengerichtbarkeit ist es vielmehr, ausschließlich und allein, die in einer Handlung sich offenbarende ehrlose oder unsoziale Gesinnung zu bestrafen und damit den pflichtvergessenen Betriebsführer abzuschrecken.«

Solange noch die geringste Aussicht besteht, soll in der Ehrengerichtbarkeit die Strafe mehr der Erziehung, als der Sühne dienen. Die folgende Übersicht ergibt dann, daß bei fünfzehn Fällen, in vier Fällen Freispruch erfolgte, in vier Fällen hat der Reichs-ehrengerichtshof das Urteil der Vorinstanz gemildert, in zwei Fällen wurde das Urteil bestätigt. Und nur in zwei Fällen hat das oberste Gericht das Urteil der Vorinstanz verschärft.

In einem Freispruch erklärt der REG, daß außerhalb des Betriebes stehende Kräfte versteckt am Werke waren, denen es bei der Klage gegen eine Aufsichtsperson »weniger um eine Wahrung der sozialen Ehre, als um eine Vernichtung des ihnen unbequemen strebsamen Angeklagten zu tun gewesen ist.«

Man vergleiche die Fälle, in denen Arbeiter von außerhalb des Betriebes stehenden Kräften wegen Staatsfeindlichkeit denunziert werden.

In einem anderen Falle des Freispruchs handelte es sich um einen Landwirt, der schlechte Unterkunftsriume für seine Landarbeiter aufzuweisen hatte, seine Schafe auf fremdem Grunde weiden ließ und überwiegend ungelernete Arbeiter beschäftigt hat. Das REG war der Meinung, daß diese Feststellungen außerhalb der Beziehungen zwischen dem Führer und den Gefolgschaftsmitgliedern liegen.

Grundsätzlich äußert sich der REG über den Begriff ehrloser Gesinnung dahingehend, daß ein Betriebsführer oder eine Aufsichtsperson wegen Verletzung der Ehre der Gefolgschaft nur strafbar ist,

»wenn er von einer asozialen Gesinnung, also nicht aus sachlichen Gründen beherrscht ist und aus dieser Gesinnung, also nicht aus sachlichen Beweggründen... den Gefolgsmann kränkt.«

Wann würde wohl ein ordentliches Gericht im Dritten Reich jemals anerkennen, daß ein Arbeiter aus sachlichen Gründen seiner Lage gehandelt haben könnte, beim Arbeiter wird in jedem Falle die Gesinnung bestraft.

Wenn ein Betriebsführer vorsätzlich seinen Gefolgsmann mißhandelt, dann genügt das allein noch nicht, um ihn ehrengerichtlich zu bestrafen, dazu ist die Feststellung erforderlich,

»daß der Betriebsführer die durch die Betriebsgemeinschaft begründete soziale Grundeinstellung nicht hat und daß er böswillig... handelt.«

Es ist also denkbar, bei nationalsozialistischer Grundeinstellung den Arbeiter zu mißhandeln. Dieser Grundsatz wurde sogar in einem Falle angewendet, in dem es sich um unästhetische Zumutungen an weibliche Gefolgschaftsmitglieder handelte. In diesem Urteil des REG (II 10/35 Bd. 24, S. 209) heißt es wörtlich:

»Der Angeklagte hat nicht aus asozialer Gesinnung gehandelt, sondern aus rein sinnlichem Empfinden gegenüber dem Mädchen an dem er Gefallen gefunden hatte... Wenn der Angeklagte sich habe hinreißen lassen, das Mädchen zu schlagen, so erkläre sich das aus Erregung, in die er naturgemäß geraten war, als er sich durch die Mitteilung, die das Mädchen an die Ehefrau gemacht hatte, dieser gegenüber bloßgestellt sah und nun nicht den Mut hatte, sein Verhalten einzugestehen.

Diese einmalige im Affekt begangene Mißhandlung sei nicht der Ausdruck einer asozialen Gesinnung, sie bedeute nicht ein böswilliges unter Mißbrauch der Machtstel-

lung sich äußerndes Verhalten, sondern beruhe lediglich auf dem Ausbruch der Erregung gegenüber derjenigen Person, durch die er sich seiner Ehefrau gegenüber bloßgestellt sah.«

So urteilt der Reichs-ehrengerichtshof über die Ehrverletzung des Unternehmers gegenüber einem weiblichen Arbeiter.

In den weiteren Urteilen wird immer wieder betont, daß nicht der Tatbestand, sondern die ehrlose und asoziale Gesinnung allein die Voraussetzung der Strafbarkeit beim REG darstellen.

Ein Unternehmer, der z. B. die Abführung der Sozialversicherungsbeiträge unterlassen, d. h. die seinen Arbeitern bereits abgezogenen Lohnanteile nicht an die Versicherungsanstalt abgeführt hat, handelt nicht ehrlos, soweit er die für ihn bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten als Beweggrund anführen kann.

Von besonderem Interesse sind, wie der Bericht erläutert, die Erziehungsgrundsätze des REG. Zweck müsse sein, aus dem Angeklagten ein anständiges Mitglied der Betriebsgemeinschaft zu machen.

Eine jugendliche Aufsichtsperson hatte sich durch Beschimpfungen gegen die Ehre der weiblichen Angestellten vergangen. Die erste Instanz erkannte auf Entfernung des Vorgesetzten von seinem Arbeitsplatz, der REG milderte die Strafe in eine Geldstrafe ab. In der Begründung wird gesagt:

»Daß der Angeklagte bei seiner Jugend noch nicht die sittliche Reife besaß, hätte der Unternehmer erkennen müssen.«

Im nächsten Fall war es nicht die Jugend, sondern das hohe Alter, das strafmildernd gewirkt hat. Ein alter Gutsbesitzer hatte sich beharrlich geweigert, den Landarbeitern menschenwürdige Wohnungen zu geben. Der REG befahl es bei einer Verwarnung, die dem bejahrten Angeklagten zum Bewußtsein bringen würde, daß sein unsoziales Verhalten einen Verstoß gegen die soziale Ehre bedeute.

Wegen desselben Vergehens wurde im anderen Fall die festgesetzte Strafe auf Aberkennung der Befähigung zur Betriebsführung in eine einfache Geldstrafe umgewandelt, weil der Landwirt Kriegsteilnehmer gewesen ist.

Tausende der ins Zuchthaus gesteckten Arbeiter, die nicht bereit waren, ihre Gesinnung zu verraten, sind Kriegsteilnehmer gewesen, ohne daß diese Eigenschaft strafmildernd gewirkt hätte. Dazu muß man in Hitler-Deutschland eben kapitalistischer Unternehmer sein. Die Betriebsführerqualität steht über der Ehre der Arbeit.

Ein anderer Unternehmer, der seinen Lehrling mißhandelte und ebenfalls in erster Instanz die Aberkennung seiner Führereigen-

schaft erfahren hatte, wurde vom REG mit einer Verwarnung entlassen, weil er Frontkämpfer und im Kriege verschüttet gewesen ist. Er litt an »nervöser Ueberreizung«.

In den Lohn- und Tariffragen übte der Ehrengerichtshof fast durchwegs nur »Erziehungsarbeit« ohne zu bestrafen. Die »Soziale Praxis« schreibt darüber wohlmeinend:

»Einigen Angeklagten, die sich geweigert hatten, eine Tarifordnung durchzuführen, wird zugute gehalten, daß sie der Meinung waren, die in der Tarifordnung vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen seien für sie nicht tragbar, zumal ihre wirtschaftliche Lage ungünstig war.«

Trotz der autoritären Stellung, die das AOG dem Treuhänder verliehen hat, der die Tarifordnungen erläßt, wurden die tarifwidrigen Unternehmer mit geringen Ordnungsstrafen bedacht.

Seine Erziehungsgrundsätze hat der REG auch gegenüber einem Angeklagten angewandt, der immer wieder untertarifliche Löhne zahlte und die Arbeitszeitbestimmungen nicht beachtete. Es heißt im Urteil:

»Von einer Verschärfung der Geldstrafe wurde abgesehen, weil der Angeklagte mit seiner Familie zusammen durch eisernen Fleiß sich emporgearbeitet hat und weil ihm noch einmal Gelegenheit gegeben werden soll, sich endlich auf die sozialen Pflichten zu besinnen.«

So wimmelt es in den Urteilen des Reichs-ehrengerichtes an »mildernden Umständen«, die aus der Person oder der Lage des Unternehmers hergeleitet werden. Die zarte Behandlung des Unternehmers, das bereits so weit gefehlt hatte, daß Ehrengerichtsverfahren eingeleitet werden mußten, wird in den erarbeiteten Grundsätzen dieses sonderbar milden Gerichts in folgenden pädagogischen Worten erklärt:

»Denn wichtiger als der unbedingt richtige Griff im Strafmaß war die Aufgabe, gerade in diesen ersten Urteilen Grundsätze aufzustellen, die der Absicht entsprechen, von der die Staatsführung geleitet war... Für die soziale Ehrengerichtbarkeit ist es darum leichter zu ertragen, daß ein Schuldiger freigesprochen, als daß ein Unschuldiger verurteilt wird.«

Am gleichen Tage wird im neuen Strafrecht gegenüber Arbeitern, die sich irgend gegen die Not zu wehren versuchen, erklärt:

»Daß typische Querulanten ernste Strafe drohen soll, mag denen eine Warnung sein, die glauben sich außerhalb der Gemeinschaft der Anständigen stellen zu sollen.«

Grundsätze für die Rechtsprechung zugunsten der kapitalistischen Unternehmer und »Grundsätze« für die permanente Rechtsbeugung gegenüber dem Arbeiter — das ist Hitler-Deutschland.

Kinderarbeit im Dritten Reich

Dreizehnjährige zehn Stunden in der Fabrik — Kinder in Steinbrüchen und Sägewerken — Die Unfälle Jugendlicher mehren sich täglich

Reichlich verspätet ist jetzt der Bericht der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1933/34 erschienen. Soweit er sich auf das Arbeitsleben der Jugendlichen bezieht, wird er in der sozialpolitischen Monatsschrift der HJ »Das Junge Deutschland, Mitteilungsblatt des Jugendführers des Deutschen Reiches«, teils wörtlich zitiert, teils auszugsweise wiedergegeben. Wir entnehmen der Schrift das Folgende:

»Die gesetzlich noch bis zu 10 Stunden täglich zulässige Arbeitsdauer wurde zwar meist überhaupt nicht, in reinen Landorten nur bei Überzeit der Erwachsenen auch von den unter 16 Jahre alten Jugendlichen überschritten; aber die für eine gesunde Entwicklung unserer Jugend nötigen Erholungspausen standen häufig nur auf dem Papier... Sogar kaum 13jährige, die wegen dürftiger Familienverhältnisse vorzeitig von der Schulpflicht befreit wurden, sind täglich 9 bis 10 Stunden lang beschäftigt worden, selbstverständlich mit leichten Handreichungen, aber doch in der Luft der Fabrikwerkstätten... In einigen Fabriken sind den Beamten 14- bis 15jährige aufgefallen, die bis zu 13 Kilometer entfernt von ihrer Arbeitsstätte wohnen und dabei einen meist hügeligen Weg täglich zweimal mit dem Fahrrad zurücklegen müssen...

Die Berichte erwecken den Eindruck, daß sich die Verfehlungen gegen die Schutzbestimmungen im Berichtsjahr 1934 gegenüber 1933 noch vermehrt haben. Fast alle Gewerbebezirke sind an solchen Zuwiderhandlungen beteiligt...

Immer noch werden Kinder bei verbotenen Beschäftigungen angetroffen, so z. B. in Steinbrüchen, bei Transportarbeiten, bei Maurer- und Steinhauerarbeiten und in Sägewerken. Wenn auch derartige Fälle nicht häufig sind, so erweisen sie doch die Notwendigkeit, die Kinderarbeit sorgfältig zu überwachen.

... Ganz allgemein haben die Unfälle Jugendlicher in besorgniserregender Weise zugenommen. Ihre prozentuale Beteiligung an der Gesamtsumme der Unfälle macht 4 Prozent (Bayern, gegenüber 3,3 Prozent im Jahre 1932), sogar 6 Prozent (Hessen) aus. Die jugendlichen-Unfälle sind um 100 (Thüringen), sogar um 300 Prozent gegenüber ihrer Zahl von 1932 (Baden) gestiegen...«

Wenn es noch eines Beweises dafür bedürft hätte, daß die Arbeitsbedingungen im Dritten Reich sich immer mehr denen in der wildesten frühkapitalistischen Zeit annähern: hier ist er geliefert worden. Kinderarbeit, Kinderelend, Kindersterben — Hitler darf auf seine Erfolge stolz sein.

Wieder ein Schlag gegen die Minderbemittelten

Die Sozialdemokratie hatte in allen Gemeinden, die über öffentliche Verkehrsmittel, wie Straßenbahn, Autobus u. a. verfügen, erreicht, daß den minderbemittelten Bevölkerungsschichten, den Arbeitern, Angestellten, den Kriegsoffizieren und den Arbeitsinvaliden Fahrpreisvergünstigungen gewährt werden. Es gab für sie bedeutend ermäßigte Wochen- und Monatskarten oder auch verbilligte Einzelfahrtscheine. Erst dadurch konnten große Arbeiterschichten die Straßenbahn und den Autobus zur Erreichung ihres weit entfernten Arbeitsplatzes benutzen.

Damit hat jetzt die Hitlerregierung Schluß gemacht! Der Reichsinnenminister hat in einem Rundbrief an die nachgeordneten Stellen, insbesondere an die Gemeinden, ersucht, die bei den kommunalen Ver-

kehrsunternehmungen eingeführten Fahrpreismäßigungen für einzelne Personengruppen vom 1. April nächsten Jahres ab abzuschaffen. Begründet wird dieser Erlaß mit der Notwendigkeit der »Herstellung der Etatwahrheit«. Da die Fahrpreismäßigungen Sozialausgaben darstellten, so müßten sie auch im Sozialetat erscheinen. Aus vielen Gründen sei es erwünscht, daß durch eine solche Klarheit die wirklichen Aufwendungen deutlich werden, es sei gerade bei den vielfachen Sozialausgaben, die außerhalb des eigentlichen Wohlfahrtsatzes von den Gemeinden und nicht nur von diesen geleistet werden, notwendig, sie in ihrem ganzen Umfang offenzulegen.

Damit soll jedoch nur verschleiert werden, daß es sich in Wahrheit um den glatten Raub einer Unterstützung handelt, die bisher den Minderbemittelten zuteil wurde. Das kommt ganz offen in dem Kommentar zum Ausdruck, den die Frankfurter Zeitung an diesen Erlaß knüpft. Darin heißt es, daß diese Vergünstigungen »zumeist aus einer Zeit stammen, in der man sich bei dem Eifer, in der öffentlichen Verwaltung eine nie erlahmende Wohltätigkeitsanstalt zu sehen, über die Folgen einer solchen Politik nicht viel Gedanken machte... Man wird auch bei dieser Gelegenheit mit manchen »Vergünstigungen« ein Ende machen können, für deren Großzügigkeit die schlechte Lage kommunaler Verkehrsnetze und die notwendige Sparsamkeit bei den Gemeinden überhaupt keinen Platz mehr lassen. Der ministerielle Rundbrief... zeigt hier den Weg.«

Der Raub dieser Vergünstigungen der ärmeren Bevölkerung, mit dem die Nazis viermal den asozialen Inhalt ihrer Politik kennzeichnen, findet also die volle Billigung der Frankfurter Zeitung.

Der Geleuterte

Wir lesen in der DAZ:

»Der wurzellose volks- und wirklichkeitsferne Asphaltliterat gehört einer überwundenen Vergangenheit an. An der Spitze eines geläuterten Schrifttums der gewaltigen Gegenwart zu ihrer Erfüllung zu helfen, ist eine reine Freude und große Aufgabe.«

Wer schreibt das? Der ehemalige Expressionist und Asphaltliterat Hanns Johst.

Zeitschrift für Sozialismus

Das Januarheft der wissenschaftlich-theoretischen Monatsschrift der reichsdeutschen Sozialdemokratie enthält folgende Beiträge:

Karl Heinrichsen,
Drei Jahre Hitler
Rudolf Breitscheid,
Hitler und Europa
Alexander Schirin,
Wohin geht Polen?
Hans Seitner,
Faschistisches Oesterreich
Buchbesprechungen.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch die Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belga 0.48 (5.90), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Dänzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Fra. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fra. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.148. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Warchau 190.165. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Pilsne Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2929. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Pilsne Belgrad Konto »Neuer Vorwärts« Belgrad Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.